

# Europaparteitag der CDU Kiel · 26. und 27. März 1979

## Reden · Dokumente • Beschlüsse



---

# Europaparteitag der CDU

## Kiel · 26. und 27. März 1979

# Reden · Dokumente

# Beschlüsse

---

	Seite
<b>Helmut Kohl:</b>	
„Wir sind entschlossen, das freie und soziale Europa zu schaffen“	3
<b>Heiner Geißler:</b>	
„Wir fordern einen Bundesstaat europäischer Nation“	7
<b>Hans Katzer:</b>	
„Partnerschaft ja — Klassenkampf nein“	15
<b>Kai-Uwe von Hassel:</b>	
„Bürgerfreiheit ja — Bürokratisierung nein“	23
<b>Egon Klepsch:</b>	
„Sicherheit ja — Neutralisierung nein“	31
<b>Leo Tindemans:</b>	
„Diese Wahlen müssen unser gemeinsamer Erfolg für Europa werden“	37
<b>Beschlüsse zur Europawahl:</b>	
Wahlaufruf	41
Partnerschaft ja — Klassenkampf nein	42
Bürgerfreiheit ja — Bürokratisierung nein	46
Sicherheit ja — Neutralisierung nein	51



Helmut Kohl

## Wir sind entschlossen, das freie und soziale Europa zu schaffen

*Auszüge aus Reden und Diskussionsbeiträgen des Vorsitzenden der CDU*

Der 10. Juni 1979 ist ein bedeutsamer, ein geschichtlicher Tag für Europa. Denn die Wahl zum Europäischen Parlament ist ein neuer und hoffnungsvoller Anfang auf dem Wege zur politischen Einigung unseres Kontinents.

Die CDU Deutschlands ist sich mit allen ihren Freunden in der Europäischen Volkspartei einig in dem Willen, der europäischen Idee mit Mut, mit Hingabe und aller Einsatzbereitschaft zu dienen. Das vereinte Europa ist für uns in Deutschland eine wichtige Voraussetzung, um langfristig die Spaltung Europas und damit auch die Spaltung unseres Vaterlandes überwinden zu können.

Es muß unsere Aufgabe sein, diesen Zusammenhang zwischen Europa- und Deutschlandpolitik den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland jeden Tag wieder näherzubringen. Das ist eine der großen Chancen nicht nur für Europa, sondern auch für unser deutsches Vaterland.

Die Europäische Volkspartei ist die einzige wirklich übernationale Partei im freien Europa. Sie ist die große Hoffnung für alle, denen ein geeintes Europa nach dem Modell des demokratischen und sozialen Rechtsstaats am Herzen liegt.

Ich bin sicher: Die Idee der freiheitlichen und sozialen Partnerschaft, für die wir in der EVP gemeinsam kämpfen, wird gerade den jungen Menschen in Europa die Antworten geben, nach denen sie suchen.

Freiheit und Frieden durch Menschenrechte und parlamentarische Demokratie — das war die Antwort Konrad Adenauers, Robert Schumans, Alcide de Gasperi und Winston Churchills auf die grausamen Erfahrungen, die Europa mit einer Politik der Diktatur, der Menschenverachtung hat machen müssen.

Freiheit und Frieden durch Menschenrechte und parlamentarische Demokratie — das ist noch heute unsere Antwort auf eine Ideologie, die sich fortschrittlich nennt, die aber in Wahrheit Rückschritt bedeutet. Sie beutet Menschen aus, statt ihnen zu dienen. Sie mißachtet die Menschenwürde und tritt sie mit Füßen.

Europa die Freiheit zu erhalten — das ist das große, das geschichtliche Ziel, das wir uns mit unseren Freunden in der Europäischen Volkspartei gesetzt haben. Nicht ein Europa der sozialistisch-kommunistischen Zusammenarbeit, sondern ein Europa des demokratischen und sozialen Rechtsstaates kann allein die Menschenrechte auf diesem Kontinent sichern.

Europa — das ist für uns, die Christlichen Demokraten, der Inbegriff einer freiheitlich-demokratischen, einer freiheitlich-sozialen, einer wirklich menschlichen Lebensform.

Aber nach dem Kölner Europa-Parteitag der SPD drängt sich doch die Frage auf: Was ist die europäische Idee der Sozialdemokraten? Wer das Wahlprogramm der SPD durchgeht, der bekommt Antwort auf diese Frage. Europa — so muß man es klar sagen — ist für die Sozialdemokraten nichts anderes als ein Mittel zum Zweck, und der Zweck heißt: Sozialismus in Europa.

Im Wahlprogramm der SPD von Köln steht jener Satz, der wie kein anderer deutlich macht, wo die Sozialdemokraten heute in Wahrheit stehen, was sie in Zukunft wollen. Ich meine den Satz:

„Im Streit um die Mehrheit in der Europäischen Gemeinschaft sind die konservativen Parteien der Hauptgegner.“

Meine Freunde, die eigentliche Kampfansage der demokratischen Sozialisten in Deutschland gilt mithin Demokraten und nicht den geborenen Feinden der Demokratie, die wir jahrzehntelang gemeinsam bekämpft hatten.

Auf die europäischen Kommunisten blickt die SPD — die Partei des Bundeskanzlers! — in ihrem Programm mit Hoffnung, ja mit Zuversicht. „Ernsthaft und differenziert“ — so heißt es im Kapitel 9 des Wahlprogramms — müsse „der Anpassungsprozeß der kommunistischen Parteien an die veränderten Bedingungen der Europäischen Gemeinschaft . . . beachtet werden.“

Wie aber steht es denn eigentlich mit den Kräften der politischen Mitte, mit den christlich-demokratischen Parteien Europas? Sie sind — so sagt die Partei der Herren Schmidt, Wehner und Brandt — die Sachwalter der „Konfrontation“ in Europa. Sie gefährden — so sagt die SPD — den Frieden, die Aussöhnung und die Entspannung in Europa. Sie treiben — nach Aussage der SPD — mit ihrem Eintreten für die Menschenrechte „Mißbrauch“ mit diesen Rechten. Und sie sind — so sagt die SPD — unfähig, die Demokratie „auf Dauer zu sichern“, weil sie „die bestehenden Herrschafts- und Wirtschaftsstrukturen unangestastet lassen“ wollen.

Meine Freunde, ich nenne den Geist, der aus diesem Wahlprogramm spricht, beim Namen: Es ist der reaktionäre Geist einer sozialistischen Klassenpartei des 19. Jahrhunderts. Es ist die Aufkündigung jeglicher demokratischer Gemeinschaft unter Demokraten in Deutschland.

Eine Partei, die im Blick auf Europa auf Kommunisten Hoffnung setzt und Demokraten verleumdet, eine solche Partei versündigt sich nicht nur an der europäischen Idee, sie versündigt sich am inneren Frieden der Bundesrepublik Deutschland. Und ohne inneren Frieden kann man den äußeren Frieden des Landes nicht bauen . . .

Wir, die CDU, sind der größte Landesverband in der EVP. Aber die CDU Deutschlands wird sich nie — wie andere, die auch unsere Muttersprache sprechen — dazu hergeben, etwa im „hegemonialen Bereich“ Eitelkeitsüberlegun-

gen neu zu beleben. Für uns ist das mit der Geschichte untergegangen. Wir wollen mit allen europäischen Partnerländern eng und freundschaftlich zusammenarbeiten, ob sie nach der Bevölkerungszahl nun größer oder kleiner sind. Europa wird nur werden, wenn wir uns gegenseitig respektieren — unsere Geschichte, das, was wir einbringen können, und nicht nur die ökonomischen Daten, die in dem einen Fall stärker, in dem anderen schwächer sein werden. Europa muß ein menschliches Europa sein.

Europa muß ein partnerschaftliches Europa sein. Deswegen geht es hier nicht nach der Zahl der Millionen, sondern nach der Kraft, nach dem Mut, aber auch nach der Stärke des Herzens . . .

Wir sind bis zu diesem 10. Juni 1979 einen weiten Weg gewandert. Ich sprach gerade mit unserem Freund Leo Tindemans darüber. Wir haben uns — erlauben Sie mir diese persönliche Bemerkung — vor fast drei Jahrzehnten auf der ersten großen europäischen Tagung der Jungen Union in Konstanz kennengelernt. Wir waren damals junge Leute, knapp über 20, und waren der Meinung, in drei, vier, fünf Jahren sei das zu schaffen. Wir alle haben dazulernen müssen, daß man vor der Geschichte auch in dieser Frage einen langen Atem braucht.

Aber nach Jahrzehnten wird es jetzt Wirklichkeit: Wir wählen im freien, im größten Teil Europas in freier, geheimer und direkter Wahl die Abgeordneten für das Europäische Parlament. Wir wollen diesen Abgeordneten jede Unterstützung geben, damit sie in den nächsten Jahren Marksteine setzen, damit es mit dem Bau Europas Wirklichkeit wird.

Das war und ist der Sinn dieses Kieler Europaparteitages: Eine Manifestation unserer Entschlossenheit, Europa die Freiheit zu erhalten; eine Manifestation unseres Willens, das europäische Einigungswerk im Geiste Konrad Adenauers, Alcide de Gasperis und Robert Schumans zu vollenden.

Konrad Adenauer sagte zu Beginn der europäischen Diskussion: „Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen; sie wurde eine Hoffnung für viele; sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“

Dieses kluge Wort sagt mehr aus, als ein großes Manifest aussagen kann. Es ist der Auftrag für uns, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, für uns, die Europäische Volkspartei in Europa. Leisten wir unseren Beitrag beim Bau des neuen Europas, eines Europas der sozialen Partnerschaft, der sozialen Verantwortung, der Freiheit, des Friedens, der Menschenrechte, der parlamentarischen Demokratie!

Meine Freunde, die Alternative ist klar und eindeutig: Die Sozialisten wollen die Zukunft Europas aus jenen Doktrinen des 19. Jahrhunderts gestalten, die bislang nirgendwo in der Welt den Menschen Glück und Verheißung gebracht haben. Wir, die Europäische Volkspartei, und wir, die CDU als ein Landesverband dieser Europäischen Volkspartei, werden nicht zulassen, daß Sozialisten und Kommunisten in einer unheiligen Allianz gemeinsam die Uhren des freien Europas um 100 Jahre zurückdrehen.

Die Erkenntnis von 100 Jahren nationalstaatlicher Geschichte, von Kriegen, Not, Blut und Elend ist für uns ganz klar: Zwischen Freiheit und Unfreiheit gibt es keinen dritten Weg; wir müssen uns dem Urteil der Geschichte stellen.

Deshalb lassen Sie uns gemeinsam kämpfen für dieses Ziel, damit die Europäische Volkspartei am 10. Juni die stärkste politische Kraft in Europa wird; damit es möglich ist, das Fundament des neuen Gebäudes aus unserem Geiste zu prägen und zu gestalten.

**Heiner Geißler**

## **Wir fordern einen Bundesstaat europäischer Nation**

*Eröffnung des Europaparteitages durch den Generalsekretär der CDU*

Meine Damen und Herren, als ich 1953 als 23jähriger in die Christlich Demokratische Union eingetreten bin, war, ich will nicht sagen, das Hauptmotiv, aber eines der Hauptmotive für diesen Entschluß die Tatsache, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands die Europapartei in der Bundesrepublik Deutschland war. Die Christlich Demokratische Union hat die europäische Idee gegen viele Widerstände in der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt, gegen Widerstände, die vor allem von der SPD und in anderen Ländern von den Sozialisten geleistet worden waren. Aber in den 50er Jahren ging von Europa Faszination aus, motivierte das Ziel Europa Menschen aller Altersgruppen zum politischen Engagement, vor allem in unserer Partei, der CDU Konrad Adenauers.

Heute erklären Politiker der SPD wie Koschnick und Brandt, die Einigung Europas sei nicht vorrangiges Ziel und sei eine Aufgabe der kommenden Generationen. Wir wollen diesen europafeindlichen Aussagen der SPD ein klares Nein unserer Partei entgegenhalten.

Europa ist seit damals ein gutes Stück vorangekommen. Der Handel ist frei, die Grenzkontrollen sind kurz, die rechtliche Vereinheitlichung schreitet voran. Schranken für eine freie Berufsausübung in der ganzen Gemeinschaft werden abgebaut. Heute sind die Grenzen in der Europäischen Gemeinschaft weniger trennend als im Deutschland der Kleinstaaten vor 1871. Es lebt sich, jedenfalls für die meisten, heute in Westeuropa angenehmer und auch freier. Brauchen wir da, so fragen manche, überhaupt noch das weitgesteckte Ziel der politischen Union? Wozu noch ein Europäisches Parlament, eine Europäische Regierung, wo wir doch offenbar auch ohne diese Institutionen Wohlstand und Freizügigkeit erreicht haben?

- So denken viele. Wir aber wollen nicht zulassen, daß Europa eine Freihandelsgesellschaft möglichst mit beschränkter Haftung wird.
- Wir wenden uns gegen den trügerischen Versuch, durch Osthandel und ein wenig Neutralisierung Sicherheit von der Sowjetunion erkaufen zu wollen.

Warum dürfen wir dies nicht zulassen? Wie ist die wirkliche Lage Europas? Die Europäer sind Zuschauer der weltpolitischen Ereignisse geworden, von denen doch ihre eigene Existenz abhängt. Ihr Schicksal liegt in den Händen



von Staatsmännern anderer Kontinente. Selbst der Satellit Moskaus, Fidel Castro, hat vermutlich mehr Einfluß auf die afrikanische Politik und ihre Auswirkungen auf Europa als die Regierungschefs in Paris, London und Bonn. Diese sonnen sich von Zeit zu Zeit im Glanz von Weltgipfeln wie weiland die Duodezfürsten des Absolutismus im Glanz der Könige von Versailles. Tatsächliche Macht besitzen sie aber nicht. Viele lehnen sich behäbig zurück und übertragen die Einigungsaufgabe an Söhne und Enkel.

Außerhalb Europas geht es aber nicht behäbig zu. Die Welt ist in Bewegung geraten. Z. B. mit China, mit den arabischen Staaten in unserer südlichen Nachbarschaft, mit Brasilien in Lateinamerika erheben neue Mächte welt-politischen Anspruch. Multizentralität beginnt die Bipolarität von USA und UdSSR zu überlagern. Afrika gärt. Die politischen Kräfte formieren sich für das nächste Jahrhundert. Heute aber wird entschieden, wer im 21. Jahrhundert frei und selbständig und wer abhängig und unterworfen ist. Europa gerät immer mehr in den Sog der großen Mächte.

— Das Europa der Gemeinschaft ist zahlreicher an Bevölkerung als die USA und die Sowjetunion, aber die Sicherheit Europas hängt davon ab, ob die Vereinigten Staaten bereit sind, der atomaren und konventionellen Bedrohung Westeuropas abschreckende Trägersysteme entgegenzustellen.

— Das Europa der Gemeinschaft übertrifft an Wirtschaftskraft und Brutto-sozialprodukt jede andere Macht der Welt, aber die Dauer dieses Reich-tums hängt von der Rohstoffpolitik der arabischen Führer ab.

Gleicht Europa heute politisch nicht einem Dinosaurier: groß, träge, unbeweglich? Es wird von wirtschaftlichen Impulsen getrieben, nicht von politischen Kräften gelenkt. Wie lange kann das gutgehen? Kann Europa sich in dieser geopolitischen Lage damit begnügen, der Lieferant von Industriegütern und technischem Know-how für bestehende und entstehende Machtzentren der Welt zu sein, oder muß Europa nicht vielmehr eine eigenständige Position behaupten — durch Vitalität, politischen Willen und eigene Macht? Dies ist die Frage.

Die Schweiz kann neutral sein, ohne politische Ambition. Es gibt Nischen der Neutralität für ein Land, aber es gibt sie nicht für einen Kontinent. Den euro-päischen Bürgern wäre Europa als eine Insel der Seligen zu gönnen, aber der Kontinent Europa muß handeln, sonst, meine Damen und Herren, wird er be-handelt.

Europa muß Macht sein; sonst wird es Kolonie.

Das gilt nicht nur politisch. Es gilt vor allem auch geistig. Zahl der Menschen, Industriepotential, Rohstoffe, Militärpotential: all dies sind wichtige Faktoren von Macht. Aber die Geschichte hat es immer wieder gelehrt: noch wichtiger als diese Faktoren ist die Macht der Ideen.

Ein Europa, das seine Geschicke selbst lenken will, braucht vor allem eine Idee. Es muß wissen, was es will. Ohne eine solche Idee entsteht ein geistiges Vakuum, in das die Ideen der Mächte einströmen, die uns umgeben.

- Die Sowjetunion besitzt Militärmacht und eine Idee: den Willen zur imperialen Beherrschung eines Systems marxistischer Staaten. Ihre Idee ist so weit nach Westeuropa eingedrungen, daß wir im europäischen Wahlkampf bereits gegen die Volksfronttendenzen von Sozialisten und Kommunisten ankämpfen müssen.
- die arabischen Staaten besitzen Geld, die Macht des Rohöls, aber auch eine Idee: die Bildung einer vom Islam geprägten arabischen Nation. Vor zehn Jahren haben wir das Ziel einer arabischen Nation in diesem Sinne nicht ernstgenommen. Heute wird das Kopftuch der palästinensischen Fedajin zum modischen Bekleidungsstück einer europäischen Jugend, die offenbar ohne eigenes Leitbild ist.

Die uns umgebenden Mächte besitzen Geld, Macht und Ideen. Was besitzt Europa? Besitzt Europa wirklich nur Geld? Nationalismus oder Marxismus werden Europa beherrschen, wenn es keine Idee der freien europäischen Völker gibt, die stärker ist als die Ideen, die uns umgeben.

- Wir wollen kein nationalistisches Europa, weil es die Spaltung des deutschen Volkes besiegeln und europäische Völker wie Polen, Tschechoslowaken, Ungarn und Russen ausschließen würde.
- Wir wollen kein nationalistisches Europa, weil unser Ziel nicht eine militärische Weltmacht ist, die sich mit Satelliten umgibt und ihre Sicherheit auf die Beherrschung anderer gründet.
- Wir wollen kein nationalistisches Europa, weil durch zentralistischen Nationalismus die kulturelle Vielfalt, Freiheit und Humanität geschmälert, wenn nicht beseitigt würden.

Aber auch der Sozialismus kann uns vom Ziel eines freien und selbständigen Europas nur entfernen.

- Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil es in den Sog des sowjetischen Machtzentrums käme.

Die marxistische Ideologie bildet dabei die Ebene, auf der Westeuropa an die Sowjetunion herangezogen werden soll. Diese Ebene ist schief. Die Begriffe Eurosozialismus, Eurokommunismus, orthodoxer Marxismus, sowjetischer Marxismus markieren das Gefälle dieser schiefen Ebene, auf der Westeuropa in das östliche Lager abgleiten soll; denn die Übergänge zwischen diesen verschiedenen Spielarten des Marxismus sind im Zeichen praktizierter Konvergenz, im Zeichen einer Politik des Wandels durch Annäherung, im Zeichen von Volksfrontbündnissen von Kommunisten und Sozialisten Westeuropas fließend geworden.

- Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil der Weg in den Sozialismus noch immer ein Weg in die Unfreiheit war.

Keinem Land ist es bisher gelungen, die Fesseln eines marxistischen Systems wieder abzustreifen. Seit fast 100 Jahren versuchen Marxisten, den „menschlichen“, den „humanen“ Marxismus aus den Frühschriften von Marx heraus-

zulesen. Sie ranken sich moralisch an seinem emanzipatorischen Anspruch empor und verschließen die Augen vor seinen Folgen. Immer wieder hören wir, Lenin habe Marx verraten, Stalin sei kein Sozialist, sondern ein Tyrann und Diktator gewesen, in der DDR und in der Sowjetunion herrsche heute bürokratischer Kommunismus; aber das alles widerlege doch nicht die Lehren von Karl Marx und die Idee des Sozialismus. Ich meine, damit muß es nun ein Ende haben, daß man am Marxismus und Sozialismus gläubig festhält und sich dann von seinen Folgen, von seinen schrecklichen, inhumanen Folgen, nach Bedarf erschrocken distanziert.

- Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil eine große Mehrheit unserer Bürger nicht in einem sozialistischen Europa leben will. Der Sozialismus hat weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in Europa eine Mehrheit.

Nach einer neueren Untersuchung wollen 65 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nicht in einem Europa leben, das nach den Vorstellungen der Sozialisten gestaltet ist. Selbst 39 % der Wähler der SPD lehnen ein sozialistisches Europa ab. Wir lehnen aber auch ein sozialistisches Europa deshalb ab, weil der Marxismus eine Kampfidologie ist, die auf geistige Eroberung und Unterwerfung ausgeht, und die damit eine Gefahr für die Vielfalt der Kultur und den Reichtum der Ideen Europas bildet.

Wie der Nationalismus so ist auch der Marxismus eine expansive Ideologie. Er versteht sich selbst als geistige Waffe im Kampf der Klassen. Das Bekenntnis von Marxisten, auch der Eurokommunisten zur Pluralität bedeutet immer nur die Anerkennung, daß heute der Marxismus noch nicht die Oberhand hat. Aber Ziel bleibt immer die Überwindung, die Ausschaltung, die Gleichschaltung anderer Überzeugungen. Europa würde aber seine Identität verlieren, wenn es diesem marxistischen Alleinvertretungsanspruch erlänge. Europa darf nicht zu einer geistigen Kolonie des Marxismus werden.

Wir lehnen ein sozialistisches Europa ab, weil Europa nicht auf ökonomische Belange verkürzt werden darf. Für ein Europa der Arbeitnehmer wirbt die SPD. Wenn die SPD mit dem Slogan „Europa der Arbeitnehmer“ wirbt, dann weisen wir darauf hin, daß der soziale Fortschritt in der Bundesrepublik Deutschland, daß alle großen sozial- und gesellschaftspolitischen Gesetze in der Bundesrepublik Deutschland nicht das Ergebnis von SPD-Politik, sondern das Ergebnis christlich demokratischer Politik in der Zeit der Regierungsverantwortung der CDU gewesen sind.

Hinter der Formel vom Europa der Arbeitnehmer verbirgt sich in Wirklichkeit das Ziel eines sozialistischen Europas. Es verrät die Fixierung des Sozialismus auf das materialistische Menschen- und Weltbild des Marxismus, das den Menschen als produzierendes Wesen definiert und Politik als Resultat gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse mißversteht.

Wer so vorgeht, wer den Menschen auf seine Arbeitnehmerfunktion, auf seine Produktionsfunktion reduziert, muß zwangsläufig in seiner Politik die nicht-materiellen Bedürfnisse und Hoffnungen der Menschen vergessen. Wo bleibt

bei dieser Losung das Europa der Kinder, das Europa der Behinderten, der Arbeitslosen, der alten Menschen, der Hausfrauen? Wo bleibt das Europa der unterschiedlichen Sprachen, Dialekte, Landschaften und Gebräuche? Wo bleibt das Europa der Musik, der Literatur, der Architektur? Wo bleibt das Europa der Philosophie und der Religionen? Auf all diese Fragen schweigen die Sozialisten in diesem Wahlkampf.

Die materialistischen Theorien des 19. Jahrhunderts, der ungebundene Kapitalismus und der Marxismus sind blind für die Zukunft. Denn Europas Zukunft ist nicht eine Kombination von wirtschaftlicher Freihandelszone und sozialistischer Internationale. Die Idee Europas liegt jenseits von Angebot und Nachfrage wie auch jenseits von Planwirtschaft und Klassenkampf.

Wir müssen wissen, daß wir in einer Phase des Übergangs leben. Das Zeitalter, in dem dem Ökonomischen die herausragende Bedeutung zukam, geht seinem Ende entgegen. Es begann mit der industriellen Revolution und hat seinen Höhepunkt nach dem 2. Weltkrieg erreicht, indem es den westlichen Industriestaaten höchsten Wohlstand ermöglichte. Mit dem Höhepunkt dieses Zeitalters beginnt jedoch gleichzeitig sein Ende.

Heute ist offensichtlich, daß in Zukunft nichtmaterielle Ziele und Ideen größere Bedeutung gewinnen werden. Die Sinnfrage wird wieder außerhalb der materiellen Existenz gesehen. Als Zeichen dafür ist zu werten, daß nach einer neuen Untersuchung die Bevölkerung der Verbesserung der finanziellen Verhältnisse erst den achten Rang unter den persönlich erstrebenswerten Zielen einräumt. Ich werte als ein solches Beispiel auch, daß der Auftrag des Grundgesetzes, an der deutschen Einheit festzuhalten, von 1973 bis 1978 sogar eine gestiegene Zustimmung fand, nämlich von 73 % auf 75 %, während die Dauer der Teilung Deutschlands erfahrungsgemäß doch einen Prozeß der Gewöhnung an die Teilung hätte bewirken müssen.

Das verstärkte Auftreten nichtmaterieller Ziele und Werte erfolgt in der nachindustriellen Gesellschaft, aber, wie der Islam zeigt, auch darüber hinaus. Es birgt Risiken und Chancen. Zu den Risiken gehört sicher ein bisweilen fragwürdiges Sektenwesen bis hin zum erschreckenden Massenselbstmord einer ganzen Sekte in Guayana. Dazu gehören aber auch die großen Chancen wie z. B. die Impulse, die für die Menschenrechte in aller Welt von der Wahl des Polen Woytila zum neuen Papst der Katholischen Kirche ausgehen. Mit Sicherheit aber ist nichtmaterialistischen Ideen eine neue Macht zugewachsen.

Mit seiner wieder zunehmenden Ausrichtung auf den Marxismus ist der Sozialismus in Westeuropa ein Repräsentant des ausklingenden Ökonomismus. In dem Maße, wie sich der Übergang vom ökonomistischen Zeitalter zu einem nachökonomistischen vollzieht, wird deshalb der Sozialismus zunehmend deplazierter und unzeitgemäßer. Er paßt nicht in die gesellschaftliche und damit auch nicht in die politische Zukunft. Dies ist die Chance der Christlich Demokratischen Union, die sich mit ihrem Grundsatzprogramm, mit ihrer Grundwertediskussion der neuen Zeit gestellt hat, und diese Chance müssen wir um Europa willen ergreifen.

Wir wissen, welches Europa wir nicht wollen: ein Europa, das nationalistischer Überheblichkeit oder dem Sozialismus verfällt. Wir beschränken uns jedoch nicht darauf, das zu verneinen, was es zu verhindern gilt. Wir Christlichen Demokraten haben eine Idee von Europa: das freie und soziale Europa, das friedfertige Europa, das seiner Kultur verpflichtete Europa, das Europa der lebenswerten Zukunft, das Europa der Freiheit und der Menschenwürde:

Wir Christlichen Demokraten wollen ein freies und soziales Europa schaffen, das auf eigener Kraft und Verantwortung beruht und im Bündnis mit den freien und selbständigen Vereinigten Staaten von Amerika unschlagbar ist.

Wir Christlichen Demokraten wollen ein friedfertiges Europa schaffen, das beweist: Stärke und Friedensbereitschaft schließen sich nicht aus, die scheinbare Naturgesetzlichkeit wiederkehrender Kriege ist durch Europa widerlegbar geworden.

Wir Christlichen Demokraten wollen das kulturelle Europa bewahren, das aus seiner Vielfalt und seinem geistigen Reichtum Ideen und Ideale gewinnt, an denen sich die Hoffnungen der Menschen entzünden können.

Wir Christlichen Demokraten wollen ein lebenswertes Europa schaffen, das den sich entwickelnden Ländern der Welt Beispiele gibt, wie wirtschaftliches Wachstum und Erhaltung der Lebensgrundlagen zu vereinbaren sind.

Und wir Christlichen Demokraten wollen das Europa der Freiheit und der Menschenwürde erhalten. Wir wissen wohl, daß Krieg, Folter und Tyrannei auch in Westeuropa erst 30 Jahre zurückliegen. Aber wir wollen beweisen, daß Freiheit und Menschenwürde durch christlich demokratische Politik dauerhaft erhalten werden können.

Um dieses Europa zu schaffen, bedarf es des Selbstbehauptungswillens, der Vitalität, der Stärke, ja der Macht. Um dieses Europa zu schaffen, muß logischerweise am Ende des Einigungsweges eine handlungsfähige europäische Regierung stehen. Deshalb wollen wir das politische Europa. Deshalb fordern wir Christlichen Demokraten einen Bundesstaat Europäischer Nation.

Im gemeinsamen Programm der Europäischen Volkspartei haben wir einen Weg zu diesem Ziel aufgezeichnet, die Stufen beschrieben.

1. Die Direktwahl des Europäischen Parlaments und volle Anwendung der bestehenden Gemeinschaftsregelungen, die heute weitgehend blockiert sind.
2. In der ersten Legislaturperiode des direkt gewählten Parlaments eine Verstärkung seiner Zuständigkeiten und die Schaffung neuer Zuständigkeitsbereiche für die Gemeinschaft.
3. Am Ende der Entwicklung:  
„ — ein direkt gewähltes Parlament mit vollen parlamentarischen Kompetenzen,



- eine Kammer der Staaten, die die legitimen Interessen der Mitgliedstaaten vertritt und
- eine europäische Regierung, die willens und fähig ist, wirklich zu regieren.“

Meine Damen und Herren, ich weiß, daß viele diesem Vorschlag mit der herablassenden Kritik begegnen werden, es sei alles gut gemeint; aber werde denn England, werde Frankreich, werde Italien mittun? — Es sind die Kleinmütigen, die so reden.

Aber selbst wenn niemand das Richtige wollte, einer muß es wollen, damit es geschieht: Die Christlichen Demokraten in Europa haben sich feierlich auf dieses Ziel verpflichtet. Wir, die Christlich Demokratische Union in Deutschland und die Europäische Volkspartei, sind das Energiezentrum für die politische Union Europas.

Wir wehren uns gegen den Vorwurf, Europa sei eine nicht realisierbare Utopie. Wer vom Ziel nicht spricht, wer es nicht fordert, wird niemand von ihm überzeugen, wird es nicht erreichen. Es gibt aber Beispiele genug, wie scheinbar Unmögliches möglich gemacht wurde, in der Geschichte und in der Gegenwart: Lenin, Mao Tsetung, Khomeini haben unbeirrbar an ihren Zielen festgehalten, bis sie sie erreicht hatten.

Wollen wir die Zukunft Europas totalitären Führern überlassen? Lassen sich nicht die gleichen Kräfte und inneren Mächte für Freiheit, Selbständigkeit und Menschenrechte mobilisieren? Auch dafür gibt es Beispiele: Um die Jahrhundertwende zog ein Mann von Vortragssaal zu Vortragssaal und forderte einen Staat für das jüdische Volk: Theodor Herzl. Heute gibt es den Staat Israel. Im vergangenen Jahr flog ein Mann von Kairo nach Jerusalem, um den unmöglich erscheinenden Frieden im Nahen Osten zu erreichen: Anwar Al Sadat. Heute wird der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel unterzeichnet.

Diese Männer hatten eine Idee, eine Vision; sie hatten Mut, Willen und Ausdauer. Sie haben den Spott ertragen und die persönliche Gefahr nicht gescheut. Sie wußten und wissen wie wir: Die Zukunft gehört nicht den Kleinmütigen, sondern denen, die stark hoffen und handeln.

Unsere Mission muß in diesem Sinne Europa sein.

Hans Katzer

## Partnerschaft ja — Klassenkampf nein

*Rede des Spitzenkandidaten der CDU in Nordrhein-Westfalen für die Europawahl*

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament bedeuten eine grundlegende Veränderung für Europa. Die Wahlen werden endlich eine demokratische Selbstverständlichkeit nachholen und den Bürger die weitere Zukunft Europas direkt bestimmen lassen. Vor allem aber, meine Freunde: Wie die ersten Wahlen nach dem zweiten Weltkrieg für Deutschland von entscheidender Bedeutung waren, so werden diese ersten europäischen Wahlen die politischen Weichen für die Zukunft Europas festlegen.

Der Wähler hatte damals zu entscheiden zwischen einer partnerschaftlich ausgerichteten, alle sozialen Schichten des Volkes umfassenden Union und einer klassenkämpferischen marxistisch orientierten SPD. Unterschiedliche weltanschaulich begründete Ordnungsvorstellungen über das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen standen zur Abstimmung. Die Alternative lautete: Hier Partnerschaft — dort Klassenkampf.

Wie damals, meine Freunde, lautet auch heute für Europa unsere Alternative: Gegen den Klassenkampf — für die Idee der Partnerschaft.

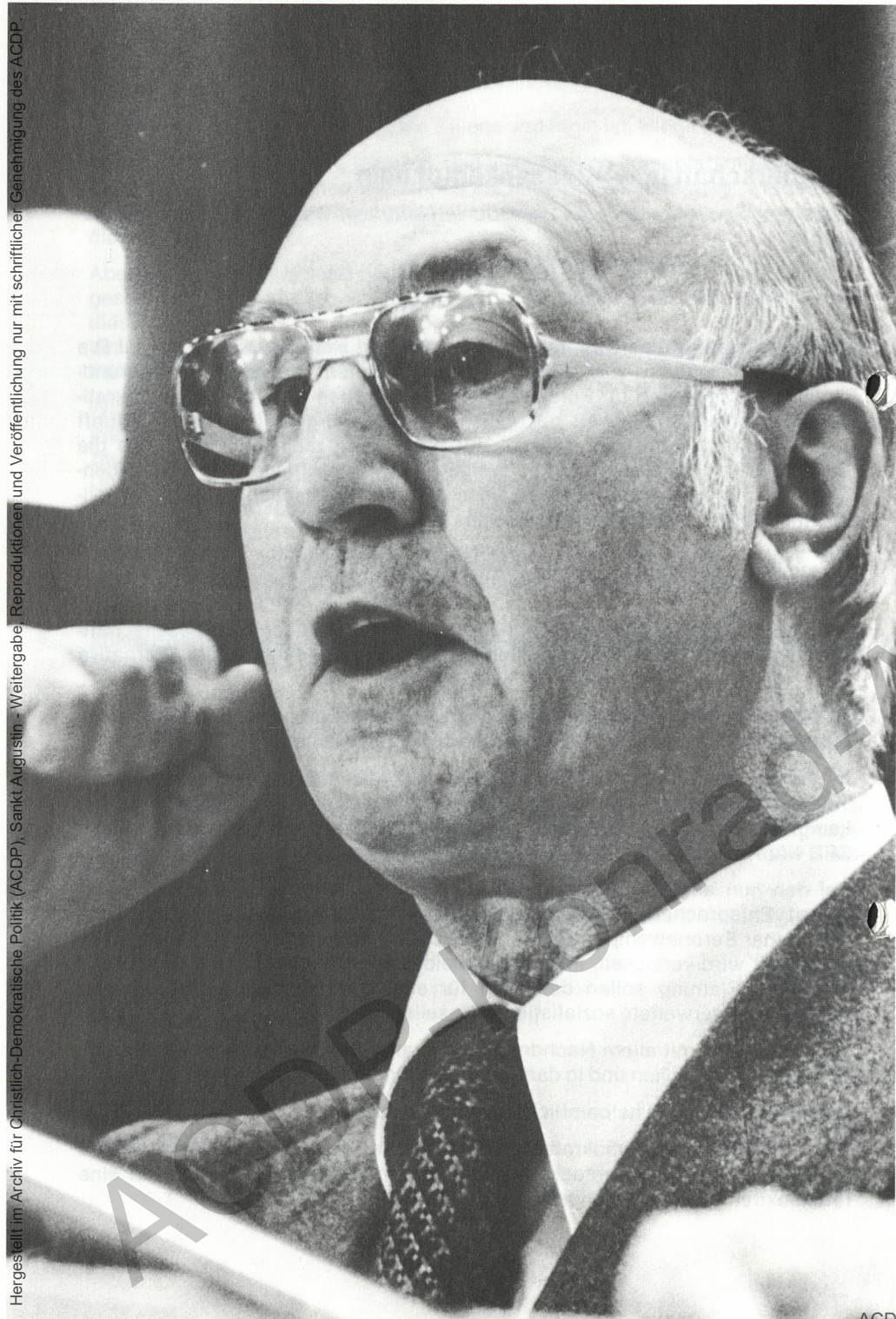
Im Vorfeld der Europawahlen ist deutlich geworden, daß zumindest gewichtige Teile der SPD mit dem Godesberger Programm des Jahres 1959 ihre Klassenkampfposition nur unter taktischen Gesichtspunkten aufgegeben haben. Die SPD wäre sonst nie koalitions- und regierungsfähig geworden.

Bei den nun anstehenden Europawahlen glaubt sie sich von diesem Zwang befreit. Entsprechend unbekümmert — um nicht zu sagen: unverfroren — ist das Kölner Europawahlprogramm der SPD: Die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft wird verlassen. Investitionsmeldestellen, Investitionskontrollen und staatliche Planung sollen den Weg für eine zentralistisch gesteuerte und bürokratisch verwaltete sozialistische Gesellschaft öffnen.

Das lehnen wir mit allem Nachdruck und in aller Schärfe ab. Das ist nicht das Europa, das wir wollen und in das wir unsere Kinder hineinschicken möchten.

Da helfen auch keine halbamtlichen Dementis der SPD.

Die Solidarität der Demokraten wird aufgekündigt. In diffamierender Weise unternimmt man den Versuch, die Christlichen Demokraten Europas in eine rechtsextreme Ecke zu drängen.



Als wollten wir in Europa den „autoritären Obrigkeitsstaat“ errichten! Meine Freunde, ich kann nur mit allem Nachdruck davor warnen, daß dieser Weg den kommenden Wahlkampf bestimmt.

In wenigen Wochen, am 20. Juli, werden wir des 35. Jahrestages des Widerstandes gegen Hitler und damit auch vieler christlich-sozialer und christlich-demokratischer Persönlichkeiten gedenken, die ihr Leben für ein freiheitliches Deutschland geopfert haben. Wir lassen es nicht zu, daß wir als Leute diffamiert werden, die rechtsradikale Elemente bei sich aufgenommen hätten. Das ist ein Wahlkampfstil, den wir in dieser europäischen Auseinandersetzung nicht zulassen werden.

Vor diesem Hintergrund gehört ein trauriger Mut dazu, uns, die Christlichen Demokraten Europas, die Partei Konrad Adenauers, die Partei de Gasperis, die Partei Robert Schumans, als die „Hauptgegner“ zu bezeichnen, während gleichzeitig die Eurokommunisten als bloße „Gegner“ verharmlost werden. Dabei sind die Eurokommunisten, meine Freunde, doch nicht daran zu messen, wie unabhängig sie von Moskau angeblich geworden sind, sondern entscheidend ist doch, wie kommunistisch sie geblieben sind.

Aus der Solidarität der Demokraten ausscherend ist die SPD dabei, sich in die sozialistische „Solidarität der Arbeiterbewegung“ einzureihen. Für Herrn Ehmke ist der Eurokommunismus die Hoffnung, daß „eines Tages die historische Spaltung der Arbeiterbewegung in Westeuropa überwunden werden kann“. Niemanden kann es dann mehr verwundern, wenn Herr Brandt — diesem Denken verhaftet — auf einer Pressekonferenz am 15. März dieses Jahres die Warnung der Union vor einem Volksfrontbündnis in Europa, die Warnung der Union vor einer Bedrohung der Freiheit in Europa als einen Angriff auf die Arbeiterbewegung begreift.

Ja, meine lieben Freunde, ist es denn etwa kein Volksfrontbündnis, was sich in Europa abzeichnet? In Italien sind Sozialisten nicht bereit, mit den Christdemokraten eine Regierung ohne Beteiligung der Kommunisten zu bilden. Das ist doch die Wahrheit. In Frankreich sind bei der letzten Wahl Sozialisten und Kommunisten ein festes Bündnis eingegangen, und Herr Mitterrand erklärt — immerhin in derselben Fraktion wie Herr Brandt —, Europa werde sozialistisch sein oder es werde nicht sein. Nein, meine Damen und Herren, Europa wird freiheitlich sein und nicht nach dieser Seite abdriften. Wir werden unser Wort nicht brechen; das werden die Christdemokraten einbringen.

Und bei uns in Deutschland koalieren Jungsozialisten mit dem DKP-nahen Spartakus, lehnen es aber ab, mit dem RCDS auch nur gemeinsam anzutreten. Nein, Kommunisten sind in Europa nicht dort stark — wie Herr Brandt sagt —, wo Christdemokraten lange regieren — unser Land, meine Freunde, ist das beste Beispiel dafür, daß das nicht stimmt —, sondern Kommunisten sind dort stark, wo Sozialisten ein eigenständiges Profil schon lange verloren haben. Dort sind die Kommunisten die stärksten Gruppierungen in Europa.

Das alles müssen wir aussprechen, weil das die Herausforderung ist, vor der wir stehen. Wer das ausspricht, betreibt nicht die geistige Spaltung Europas,

wie Herr Brandt behauptet. Die geistige Spaltung Europas wird von denen betrieben, die erneut Gräben des Klassenkampfes aufreißen.

Wir verbitten es uns, von der SPD als arbeitnehmerfeindlich bezeichnet zu werden, wenn wir Klassenkampf und Volksfront als Gefahr für ein freies und soziales Europa ansehen.

Wir haben zu der Europakandidatur des DGB-Vorsitzenden kritische Anmerkungen gemacht; nicht, weil wir den Vertretern der Arbeitnehmerschaft das Recht absprechen, sich um ein politisches Mandat zu bewerben. Im Gegenteil: Auch auf Seiten der Union werden aktive Gewerkschafter kandidieren. Nur, meine verehrten Freunde, sind für uns aktive Gewerkschafter nicht zu hauptamtliche Kollegen, sondern ehrenamtliche Kollegen sind genauso aktive Gewerkschafter wie ihre hauptamtlichen Kollegen.

Lassen Sie mich hinzufügen: Ich fürchte, daß diese Kandidatur weder dem DGB noch den Gewerkschaften noch der Arbeitnehmerschaft noch dem Europäischen Parlament guttut. Das ist meine große Sorge, die ich aussprechen muß. Der erste Mann des Deutschen Gewerkschaftsbundes sollte immer vor Augen haben, daß mehr als 40 % seiner Mitglieder Wähler der Christlich Demokratischen Union sind. Wir müssen darauf beharren, daß diese Einheitsgewerkschaft eine Einheitsgewerkschaft bleibt und nicht eine Einseitigewerkschaft wird, auch nicht in Europa.

Meine Freunde, jedermann im Saale weiß, ich bin Gewerkschafter der ersten Stunde aus Überzeugung. Deshalb sage ich: Es geht nicht um ein Europa der Gewerkschaften, der Gewerkschafter oder der Arbeitnehmer, es geht um ein Europa für alle Bürger unseres Landes, selbstverständlich auch für die Arbeitnehmerschaft.

In dieser grundlegenden Auseinandersetzung um Europa wird sich auch die Partei alsbald entscheiden müssen, von der in diesem Saale gestern und heute auffällig wenig gesprochen worden ist. Ich meine die Freien Demokraten. Was ist das für eine doppelzüngige Partei. Auf ihrem Parteitag in Aachen weisen die Herren Bangemann und Ronneburger das sozialistische Europaprogramm der SPD scharf zurück. Sozialistisches Europaprogramm sagen die FDP-Herren! Vor wenigen Tagen meinte Herr Bangemann, die FDP müsse bei der Europawahl offen sein, und Herr Ronneburger schickte in Kiel an den gewünschten Koalitionspartner ein Grußtelegramm: „Gemeinsam können wir es schaffen.“ Da kann ich die Wähler in Schleswig-Holstein doch nur bitten, einmal genau hinzusehen: Derselbe Herr Ronneburger, der meint, die FDP werde zu verhindern suchen, daß Europa zu einer sozialistischen Spielwiese werde, schafft hier in Schleswig-Holstein mit den Sozialisten die Grundlage dafür, daß das überhaupt passieren kann.

Für die FDP schlägt die Stunde der Wahrheit. Im europäischen Feld das Gegenteil von dem zu behaupten und zu tun, was man in Deutschland betreibt, nenne ich ein unseriöses Doppelspiel.

Unsere Position ist klar: In dem Bemühen um ein freies und soziales Europa werden wir uns von niemandem übertreffen lassen. Partnerschaft ist die tra-

gende Idee unserer Politik. Ohne sie wäre eine funktionierende Tarifautonomie mit starken Gewerkschaften nicht denkbar. Wenn die Sozialdemokraten für Europa das programmieren, was ihnen hier im Lande noch nicht gelungen ist, nämlich die 35-Stunden-Woche, so kann ich nur folgendes sagen, meine Freunde. Die hundertjährige Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist auch eine Geschichte der Arbeitszeitverkürzungen, und dies wird auch in Zukunft so sein. Allerdings meine ich, daß solche Maßnahmen nicht der Staat verordnen und nicht Parteien dekretieren sollten. Vielmehr sollten die Tarifvertragspartner zu rechter Zeit und zur rechten Stunde selbst darüber entscheiden.

Wir sind die Partei der Freiheit und damit auch die Partei der Freiheit der Tarifvertragsparteien. Ohne Soziale Marktwirtschaft, ohne die Idee der Partnerschaft gäbe es keine Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Ohne sie gäbe es keine Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, auch wenn wir — lassen Sie mich das selbstkritisch anmerken — hier bei uns noch nicht mit dem zufrieden sein können, was wir auf diesem Gebiet erreicht haben.

Geprägt von dieser Idee der Partnerschaft haben wir Christdemokraten die Aussöhnung mit den Völkern Europas vorangetrieben. Die europäische Einigung war und ist vor allem ein Werk des Friedens. Darin liegt die historische Größe der Europäischen Gemeinschaft. Der Friede in Europa ist von unschätzbarem Wert. Meine Freunde, ich will hier noch einmal die Dimensionen aufzeigen. Ich selbst bin am Ende des ersten Weltkrieges geboren und dann 14 Jahre in die Weimarer Zeit und 12 Jahre in die Hitlerzeit hineingegangen. Wir haben jetzt 34 Jahre Frieden. Warum? Weil die Männer der ersten Stunde das Zusammengehen der Völker Europas geformt haben. Wir müssen den Frieden auch für die Zukunft sichern, indem wir eine noch engere Zusammenarbeit aller Völker Europas erreichen.

Meine lieben Freunde, deshalb dürfen wir in Europa nicht den kleinlichen Maßstab des Finanzbuchhalters anlegen. Das Schlagwort des ehemaligen Finanzministers Apel vom „Zahlmeister Europas“ ist alles in allem nicht nur falsch, sondern auch der Einigung Europas abträglich.

Das Bemühen um den Frieden zwischen den Völkern darf sich nicht nur auf die Staaten Westeuropas beschränken. Die Freiheit, die wir haben — so haben wir sie immer verstanden —, verpflichtet uns dazu, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, um allen Völkern diese Freiheit zu ermöglichen. Wir bekennen uns zum Prinzip der Partnerschaft in der Welt. Wir sind bereit, große Anstrengungen zu unternehmen, um den Ländern der Dritten Welt wirkungsvolle Hilfe zukommen zu lassen. Dem Ziel der Aussöhnung zwischen den Völkern entspricht unser Bemühen um den sozialen Frieden in der Gemeinschaft. In diesem Geiste wollen wir Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Armut bekämpfen und die Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen, Regionen und Ländern abbauen. Die Idee der Partnerschaft wird schließlich dort am stärksten wirksam, wo sie für den Menschen in konkreten Situationen erfahrbar ist.

Die hohe Zahl der Arbeitslosen in Europa — mehr als sechs Millionen —, vor allem bei Jugendlichen, Frauen und älteren Arbeitnehmern, verlangt nicht nur

unsere Solidarität, sondern verlangt von uns vielmehr auch mit allem Nachdruck — und wir haben das in der Europäischen Volkspartei getan —, konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, damit diese Geißel der Menschheit beseitigt wird. Meine Freunde, hierbei muß der innere Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Bildungspolitik erkannt werden. Wenn die Arbeitslosigkeit so hoch ist und wir dennoch offene Stellen haben, scheint in der Bildungspolitik in der Vergangenheit etwas nicht funktioniert zu haben.

Das liegt daran, daß wir — ich sage das ohne Groll — gegen den Rat der Sozialausschüsse vor zehn Jahren der akademischen Bildung eine so hohe Priorität eingeräumt haben, während wir die berufliche Bildung vernachlässigt haben, und zwar sehr zum Schaden der Menschen in unserem Lande und in Europa.

Wir müssen doch davon ausgehen, daß es nicht das oberste Ziel sein kann, daß einer eine akademische Ausbildung hat. Wir freuen uns zwar über unsere Studierenden an den Hochschulen, aber die jungen Leute, die als Arbeiter einen Beruf ergreifen und eine Lehre absolvieren, sind in ihrem Eigenwert und auch für die Gesellschaft genauso wichtig wie jeder Akademiker, der an einer Hochschule oder Universität studiert hat.

Meine Freunde, wir haben Vorschläge unterbreitet, damit Vollbeschäftigung und das Recht auf Arbeit wieder politische Praxis werden können.

Wir wollen — lassen Sie mich auch dies noch anfügen — den Zusammenhang und die Erziehungskraft der Familie in Europa stärken. Familie ist die beständige Form menschlichen Zusammenlebens. In ihr wird das Verhalten der Menschen untereinander nachhaltig geprägt. Deshalb hat die Förderung der Familie für uns den obersten Rang. Wer es mit der Familie ernst meint, wer der Frau konkrete Freiheitsräume verschaffen will, überläßt den Eltern das Wahlrecht, welche Rolle die Frau in der Gesellschaft spielen soll.

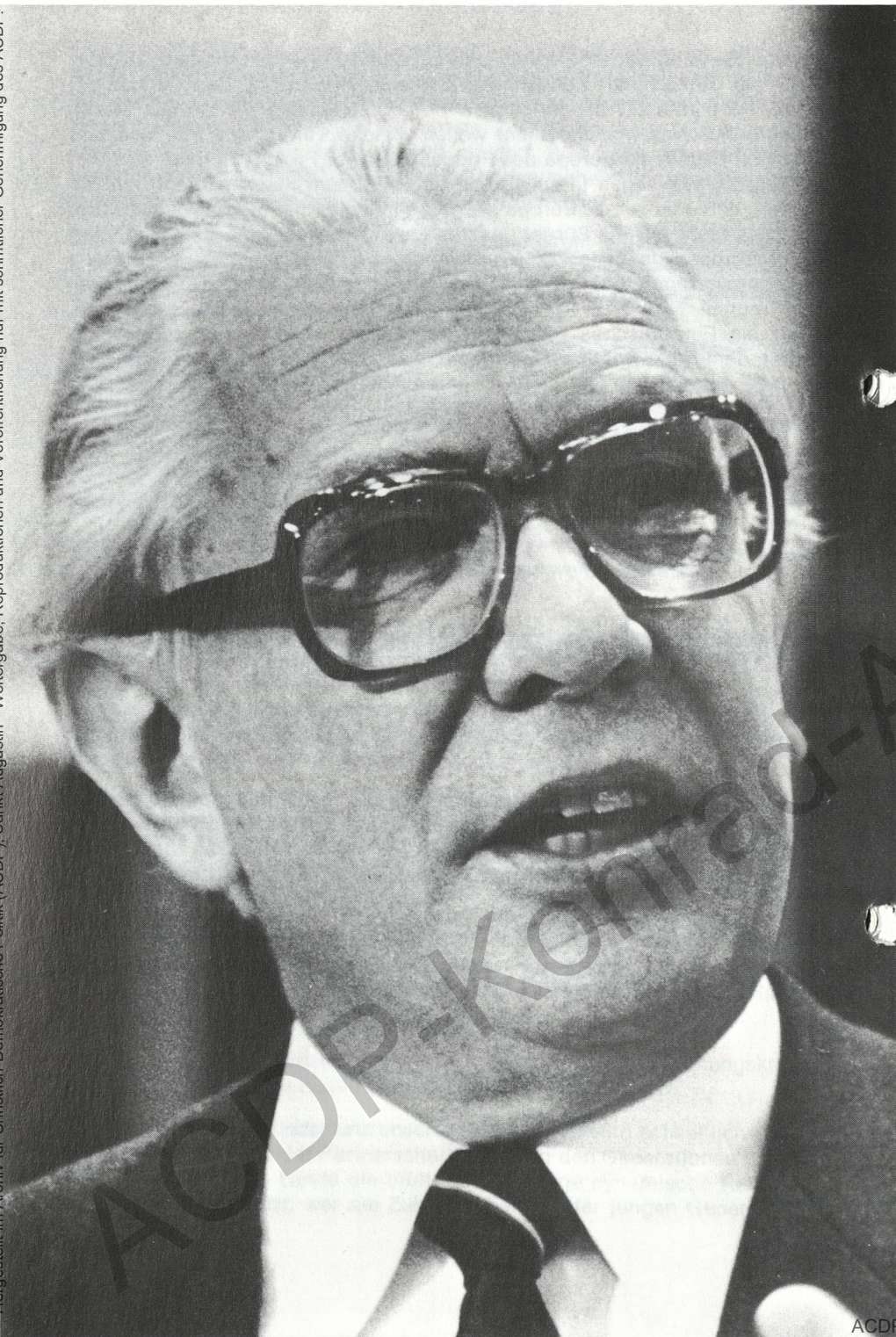
Wir wollen nicht von einem Extrem ins andere verfallen. Wir wollen nicht von dem Bild der Nur-Hausfrau und Mutter der Vergangenheit abrupt abgehen und jetzt sagen, daß nur diejenige eine wirkliche Frau sei, die auch einen Beruf ausübt. Nein, die Frauen sollen selbst entscheiden, welche Rolle sie in der Gesellschaft übernehmen.

Wir dürfen es uns allerdings dabei nicht zu leicht machen. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Frau und Mutter, die gerne zu Hause bleiben will, auch die Chance hat, zu Hause zu bleiben, um ihre Kinder zu erziehen.

Das Familiengeld ist unser politisches Angebot, das die Erziehungskraft der Familie stärkt, ohne die Wahlfreiheit der Eltern einzuschränken.

Die Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft wird schließlich auch von unserem Verständnis der Partnerschaft zwischen den Generationen bestimmt. Wer hier in unserem Lande die bruttolohnbezogene dynamische Rente staatlicher Willkür aussetzt, wer die Zukunftschancen der jungen Generation ver-

baut, wer die zukünftigen Umwelt- und Lebensbedingungen einengt, zerstört den für die Gesellschaft notwendigen Generationenvertrag. Das Fundament einer an Partnerschaft ausgerichteten Politik ist für uns die Soziale Marktwirtschaft. Auf diesem Fundament wollen wir das Europa des Friedens und der Freiheit bauen, ein Europa des Friedens und der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Wir sagen ja zu Europa und nein zum Klassenkampf. Ich bin überzeugt, daß unser Ja zu Europa die große freiheitliche Alternative sein wird, für die sich nicht nur die Bürger unseres Landes, sondern die Bürger in allen Ländern Europas, in denen die Europäische Volkspartei unter dem Vorsitz unseres hervorragenden Freundes Tindemans antritt, entscheiden werden. Meine Freunde, wir werden am 10. Juni die Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir ein Europäisches Parlament bekommen, welches sich die Rechte erstreitet, damit das Politik werden kann, was ich Ihnen vorzutragen die Ehre hatte.



Kai-Uwe von Hassel

## Bürgerfreiheit ja — Bürokratisierung nein

*Rede des Spitzenkandidaten der CDU in Schleswig-Holstein für die Europawahl*

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! In 78 Tagen wird gewählt. In 58 Tagen eröffnen wir in Dortmund die heiße Phase des Wahlkampfes. Heute beschließt die Christlich Demokratische Union Deutschlands die Leitsätze für die Bundesrepublik Deutschland.

Diesem Tag, meine Freunde, gingen unsere internationalen Bemühungen voraus: Vor drei Jahren beschloß die Europäische Union Christlicher Demokraten, für Europa in den Ländern der Gemeinschaft eine europäische Partei zu schaffen. Vor zwei Jahren wurde diese, die Europäische Volkspartei, gegründet. Vor einem Jahr gab sie sich das Europäische Manifest. Vor einem Monat verabschiedete sie in Brüssel ihre Wahlplattform.

Das klingt alles sehr einfach; aber die 12 Parteien, unterschiedlich in ihrer Geschichte, in der Region, in der sie wirken, in den Persönlichkeiten, die sie prägten, unterschiedlich in den Ausgangsüberlegungen in Sizilien oder auf einer Insel im Atlantik, in Irland, in Berlin, in der Bretagne, in München oder in Den Haag, haben es zuwege gebracht, einstimmig das Statut, das Manifest, die Wahlplattform zu formulieren und zu verabschieden, einstimmig deshalb, weil wir aufeinander hörten, aufeinander zuzingen, weil wir ein hohes Maß an Solidarität kennen, weil wir zusammenstanden.

Unsere Europäische Volkspartei, meine Freunde, ist die einzige geschlossene Partei, die einzige Partei mit einer Aussage zu jeder Frage, die einzige Partei, die in ihrer europäischen Parlamentsfraktion in Hunderten von Fragen einheitliche europäische Aussagen gefunden hat.

Wir sind — das hat den gestrigen und den heutigen Tag durchzogen — die Partei für Europa. Wir sind übrigens auch die Partei für die Verteidigung unserer Freiheit, die Partei der inneren Sicherheit, die Partei der ausgewogenen Sozial- und Wirtschaftsordnung.

Vor diesem Hintergrund gibt es drei große Aspekte, denen wir uns auf diesem Parteitag zuwenden. Der erste ist heute morgen in der Einführung durch unseren Freund Hans Katzer über das Thema „Partnerschaft ja — Klassenkampf nein“ behandelt worden. Der dritte Aspekt wird morgen in der Einführung durch unseren Freund Egon Klepsch, den Vorsitzenden der Parlamentsfraktion der Christlichen Demokraten der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, über die Frage „Sicherheit ja — Neutralisierung nein“ behandelt.

Ich habe den Auftrag, Ihnen namens des Vorstandes aus der dreiteiligen Vorlage den zweiten Teil unter dem Titel „Bürgerfreiheit ja — Bürokratie nein“ darzustellen bzw. Sie in diesen einzuführen.

Meine Freunde, unsere Vorstellung von Europa ist in einer Reihe von Darstellungen auf diesem Parteitag bereits sichtbar geworden. Ich verweise vor allem auf die sehr präzisen Ausführungen unseres Generalsekretärs Heiner Geißler heute morgen zur Eröffnung dieses Europatages. Unsere Vorstellung von Europa ist: Es muß stark und handlungsfähig sein, es muß die Menschen zueinander führen, es muß dem Bürger die Freiheit bewahren, die Freizügigkeit eröffnen, es muß ihm die Chance zur freien Initiative geben. Das Europa, das wir wollen, ist kein sozialistisches Europa, ist kein konservatives Europa, ist kein Europa der Arbeitnehmer, ist kein Europa der Arbeitgeber. Es ist ein pluralistisches, von den Elementen der Freiheit gekennzeichnetes Europa, in dem alle wirken, die die Chance der Freiheit für alle wollen, so wie wir Freiheit verstehen.

Wir wollen ein Europa, das in allen Regionen, an allen Rändern gesund ist, in dem die Völker, auch die Volksgruppen und die Minderheiten ihr Leben leben können, in dem sie nicht in einem Schmelztiegel aufgehen, nicht in einer amorphen Masse untergehen. Wir wollen ein Europa, in dem freie Menschen nicht vom Staat gegängelt, nicht reglementiert werden, in dem freie Menschen die Chance haben, als einzelne, mit ihrer Familie, mit ihrem Volk, ihrem Europa in Freiheit auch die Zukunft zu bestehen. Wir wollen ein Europa, in dem der einzelne wieder seinen Lohn für seine Leistung findet, Anerkennung für sein Schaffen, Anerkennung für seinen Erfindungsreichtum, in dem er aber auch wieder Verantwortung tragen kann und tragen muß. Wir wollen ein Europa der Solidarität, in dem einzelne einander helfen, wenn sie in Not sind, in dem die Staaten als die Glieder Europas füreinander eintreten. Wir wollen ein Europa in einer freien Wirtschaftsordnung mit sozialer Gerechtigkeit und frei vom Klassenkampf.

Wir wollen ein Europa, das aktiv und vereint sein soll im Kampf für eben diese Freiheit und im Kampf gegen diejenigen, die die Freiheit töten wollen. Wir wollen ein Europa, das in den großen Existenzfragen dieses Kontinents und den uns berührenden Weltfragen mit einer Stimme spricht. Wir wollen ein Europa, dessen Atem der Freiheit eines Tages auch durch das heute unfreie Europa wehen möge.

Meine Freunde, ein solches Europa kann nicht ein Europa der Regierungen sein; es muß ein Europa der Bürger sein. Ein solches Europa muß sich von dem verhängnisvollen Zug zur Bürokratisierung, dem Lieblingsspielzeug der Sozialisten aller Schattierungen, freihalten. Ein solches Europa darf also nicht ein zentralistischer Staat sein; es muß föderativ geprägt werden. Ein solches Europa muß ein Parlament mit Rechten haben, die es befähigen, die Freiheit zu verbürgen. Freiheit heißt: Freiheit nach außen und Freiheit im Innern. Ein solches Europa muß den die Bürgerfreiheit tötenden Bürokratismus in engstmögliche Schranken zurückdrängen. Dazu ist es nötig, daß Europa föderativ

geordnet wird und daß seinem Parlament Rechte gegeben werden, auf daß Europa überhaupt werden kann.

Wir wissen, daß in den Reihen unserer Partner gegen einige dieser Auffassungen Einwände vorgebracht werden und vorgebracht werden können. Man befürchtet dort, daß die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Europa, sie ihrer Eigenart, ihrer gewachsenen Nation, des Begriffes Vaterland berauben würde. Sie fürchten, in einem Massenstaat von 250 Millionen Menschen aufzugehen und in ihm ihre nationale Eigenart in der Anonymität zu verlieren.

Die Erfahrungen, die wir in der Bundesrepublik Deutschland mit unserer föderativen Ordnung seit nunmehr 30 Jahren gemacht haben, zeigen, daß dieses System ein nahezu ideales Maß an Bindung zum Ganzen, nämlich zum Bund und zur Freiheit für die Länder als Glieder dieses Ganzen, darstellt. Für uns ist der Föderalismus zu einem Lebensprinzip geworden. Er erlaubt uns, die Eigenarten und die besonderen Interessen einzelner Landschaften, der Regionen, aber auch der Gemeinden besser zur Geltung zu bringen.

Als sich François Poncet, Hochkommissar und erster französischer Botschafter in Bonn, in dessen Residenz oberhalb des Rheins übrigens Chirac zeitweilig aufgewachsen ist, im Herbst 1955 aus Deutschland verabschiedete und den Ministerpräsidenten der deutschen Länder einen Abschiedsempfang gab, sagte er in einer Rede, er sehe mit Neid, was Deutschland aus dem von den Siegern verordneten föderalistischen Gedanken gemacht habe. Sein Land, Frankreich, würde weniger Sorgen haben, wenn es zu einer ähnlichen Staatsordnung gefunden hätte.

Wir sind davon überzeugt, daß wir in einem aufrichtigen Dialog zwischen denjenigen, die Vorbehalte haben, und uns, die wir uns dieses Ziel vor Augen halten und auch zum Inhalt dieses Parteitages gemacht haben, und nicht in der Konfrontation eine gemeinsame Lösung finden werden.

Ich habe es vor einigen Tagen einmal so formuliert: Wir Schleswig-Holsteiner sind Schleswig-Holsteiner geblieben, die Bayern sind Bayern geblieben; wir sind kein Gemisch geworden, wir sind der Heimat verbunden geblieben. Ebenso würde es in einem föderativen Europa aussehen. Die französische Küche — so habe ich gesagt — bleibt führend, die italienische Küche unnachahmlich, die bayerische findet ihre Freunde, und die englische wird englisch bleiben.

Wir wollen genausowenig wie die Franzosen einen Massenstaat. Dem Europa, das wir wollen, steht ein sozialistisches Europa entgegen. Man kann die Unterschiede zwischen den Auffassungen beider Seiten vielleicht am besten mit einer Darstellung der sozialistischen Auffassung von einem sozialistischen Europa aufzeigen. Ich möchte mich übrigens ausdrücklich bedanken, daß heute im Laufe der letzten Stunde die Bundespartei eine sehr ausführliche Dokumentation über die Auffassungen der Sozialisten vorgelegt hat, und zwar deren wirkliche Auffassungen, die, die sie überall vorgetragen haben.

Zunächst einmal dieses: Das von den Sozialdemokraten zu Beginn des hessischen Wahlkampfes veröffentlichte Programm ist kein europäisches der europäischen Sozialisten und der Sozialdemokraten, sondern im wesentlichen nur das der deutschen. Die Labour Party hat sich nicht beteiligt, der Franzose Mitterrand blieb im wesentlichen abstinenter. Die Holländer, die mitwirkten, haben nichts als Schwierigkeiten bereitet. Ein gemeinsames Programm ist dies nicht. Außerdem ist es das dritte; das erste und das zweite verschwanden wieder in der Versenkung. Es ist aber bemerkenswert, wie man mit diesem Programm darstellt, sie, die Sozialdemokraten, seien die wahren Väter und die Promotoren Europas.

In diesem Programm der Sozialisten steht kein Satz über Integration, kein Gedanke zur Stärkung des neuen Europa, keine wirkliche Aussage; in ihrer Partei gibt es keinen Beschluß zur Stärkung der europäischen Gemeinsamkeit. Die internationalen Sozialisten halten es statt dessen für einen Erfolg, daß man Schmidt bewegen konnte, das Wort Integration fallenzulassen. Es findet sich kein Paragraph über die institutionelle Stärkung und nichts über die politische Vertiefung der Gemeinschaft. Man spricht nicht vom Parlament, man nennt es eine Versammlung. Jede weitere Übertragung von Befugnissen auf die europäischen Einrichtungen — Parlament und Kommission — wird abhängig gemacht von der Zustimmung der nationalen Parlamente und der nationalen Regierungen.

Sie finden in dem sozialistischen Programm kein Wort über Deutschland. In der Frage des militärischen Gleichgewichts erklärt man, daß es nur noch vorübergehend notwendig sei. Man ist zu Konzessionen bei Rüstungsverhandlungen bereit. Neuen Waffensystemen stimmt man nur zu, wenn sie andere Verhandlungen nicht behindern. Die Einigung darf nicht gegen den Osten gerichtet sein.

Wirtschaftlich einschneidende, geradezu bedrohliche Änderungen werden programmatisch beschrieben mit „Globalsteuerung“ und „wirtschaftlicher und demokratischer Rahmenplanung“, durch „Prognoseplanung“, „Investitionslenkung“, „Planung und Demokratisierung auch im privatwirtschaftlichen Sektor“. Der einzige wirklich interessante Satz ist, daß man die 35-Stunden-Woche anstrebe.

Das Programm geht vom sozialistischen Weltbild aus. Es ist ein Rückfall um zwei Jahrzehnte.

Die zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der internationalen Partei klaffende Lücke scheint uns unüberbrückbar zu sein.

Wer die sozialistische Politik kennt und dieses Programm prüft, findet überall das Mißtrauen gegen Freiheit und Eigenverantwortlichkeit, gegen die autonomen Institutionen der Wirtschaft und der Gesellschaft. Mißtrauen aber mündet immer in mehr staatliche Regelung. Mehr staatliche Regelung bedeutet Bürokratisierung. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Verwaltung ist essentielles Element aller staatlichen Ordnung. Ihre Mitglieder sind Diener unseres Staates. Wir Christlichen Demokraten haben immer wie-

der unser Bekenntnis zu ihnen abgegeben. Bürokratisierung aber ist die Über-treibung, die Überspitzung, ist Verwaltung um der Verwaltung willen, bedeutet Aufblähung eines ungeheuren Apparates und seiner Kosten, vor allem aber eine unerträgliche Einengung der Freiheit des einzelnen. Am Ende wird der Apparat ohnehin nicht nur ineffektiv bleiben, er wird die Bereitschaft des einzelnen zur Eigenverantwortung, zum Schaffen, zum Einsatz der eigenen Energie töten. Und das ist offenbar Ziel sozialistischer Politik.

Heiner Geißler hat es heute morgen so formuliert: „Sozialismus wird durch Bürokratie verwirklicht, Bürokratie durch Sozialismus erfüllt.“ An einer anderen Stelle: „Bei uns ist Bürokratismus ein Fehler, beim Sozialismus aber ein System.“

Ich wiederhole: Sozialistische Politik ist geprägt von der Tendenz zum Kollektiv. Das Kollektiv aber tötet die Leistung. Seine Bürokratisierung führt zur allumfassenden Reglementierung, führt zum Ende jeglicher Bürgerfreiheit.

Wir aber wollen, daß der Aufstieg durch Leistung möglich bleibt und für immer mehr Bürger eröffnet wird.

Meine Freunde, der Bürokratisierung kann man nur durch Politiker begegnen, die in einem Parlament in der Lage sind, Verantwortung zu tragen, Entscheidungen zu fällen, die Generallinie der Politik festzulegen. Der Bürokratie kann nur ein Parlament begegnen, in dem verantwortungsbewußte Politiker sich der Sucht entgegenstellen, alles zu kodifizieren. Diese Sucht der vereinigten Linken im Deutschen Bundestag gibt der Bürokratie die Grundlage, auf die Dauer alles bis in jedes nur denkbare Detail zu verordnen, zu reglementieren und damit den freien Bürger zu gängeln. Dieser Sucht gilt unser Kampf im nationalen Parlament; ihr wird unser Kampf gleichermaßen in Europa zu gelten haben.

Nun ist bekannt, daß es in einem Europa, wie wir es uns vorstellen, einen Dissens über die künftigen Rechte des Europäischen Parlaments geben wird. Zunächst dieses: Kein Staat kann Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden, der nicht demokratisch verfaßt ist. Er muß also ein gewähltes Parlament haben, eine kontrollierbare Regierung, eine unabhängige Gerichtsbarkeit; Rechnungshöfe müssen Kontrollbefugnisse haben. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, bleibt der Staat außerhalb der Gemeinschaft, wie z. B. Portugal, Spanien und Griechenland vor Jahren. Finden solche Staaten selbst wieder zu demokratischen Ordnungen, können sie grundsätzlich der Gemeinschaft beitreten. Dies gilt für Portugal, Spanien und Griechenland heute. Sind sie beigetreten, so stellen sie fest: In der Gemeinschaft zu entscheiden hat nur der Gipfel der Staats- und Regierungschefs oder der Ministerrat, und zwar — entgegen dem Vertrag von Rom — einstimmig. Das Europäische Parlament hat generell zunächst einmal keine Entscheidungsbefugnis. Und die nationalen Parlamente? Auch sie haben keine! Sie müssen zwar formal in vielem zustimmen, das aber geschieht post festum.

Neun Minister setzen heute europäisches Recht, dieselben neun führen es durch, die nämlichen neun kontrollieren sich selbst. Daß es so für die neun

Minister leichter ist, begreife ich. Parlamente sind etwas Unbequemes; von keinem Parlament ernsthaft interpelliert zu werden, ist etwas, was den Ministern natürlich durchaus genehm sein kann. Europa aber leidet darunter. Ein Minister, der mit der Weisung seines Kabinetts sein Veto einlegt, ruft: Das Ganze halt! Da stellen wir Christlichen Demokraten uns die Frage: Sollte es keinen Konsensus geben, daß dies eigentlich ein unerträglicher Zustand ist und daß diese Farce beendet werden kann?

Dabei ist die Praxis des Europäischen Parlaments eindrucksvoll. Es begann vor 22 Jahren bei der Stunde null mit Rechten, die man gleich null setzen mußte. Es hat sich bis heute eine Reihe von Rechten erwirkt: als ganz entscheidendes Recht einen Teil der Finanzkontrollen im Rahmen des Gemeinschaftshaushalts, die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums gegen die Kommission, mündliche und schriftliche Anfragen an die Kommission sowie Fragestunden; ferner das Recht, durch den Rat konsultiert zu werden, und die Pflicht des Rates, innerhalb seiner Zuständigkeit entsprechende Vorschläge dem Parlament zu unterbreiten. Alles in allem ein Bündel von Kompetenzen, durch das sich das Europäische Parlament in seiner Erscheinung der eines echten Parlaments schon in gewissem Umfang genähert hat.

Tatsache ist außerdem — und das eröffnet für die Zukunft eine optimistische Blickrichtung —, daß es hunderte von Debatten im Europäischen Parlament gab, die zu klaren Voten führten. Gut, es gibt zwar unterschiedliche Entscheidungen, je nachdem, von welchen Parteigruppierungen aus die Debatten geführt wurden. Aber an Hand des Verhaltens der Fraktion der Christdemokraten, der Europäischen Volkspartei, ist ablesbar, daß die Debatten über viele Probleme zu einmütigen Beschlüssen führten, und das, obwohl so unterschiedliche Interessenlagen vorlagen. Die Abgeordneten ließen ihre nationale Lage gewiß nicht aus dem Gesichtsfeld; aber sie fanden immer zu einem wirklich europäischen Kompromiß.

Meine Freunde, der Parlamentarier kann die Einengung der Bürokratie erreichen, wenn er für Beschränkungen des gesetzgeberischen Handelns wirkt. Der Parlamentarier muß sich anziehen, den großen Wurf zu sehen und sich freizuhalten von unwichtigen Details.

Die Politiker, so scheint uns, sind daher aufgerufen. Unmittelbar vom Volk gewählt, können sie für die Europäische Gemeinschaft Politik betreiben. Sie können als Parlamentarier dem Europäischen Parlament eine neue Qualität geben. Dem Europäischen Parlament wird die Chance geboten, die politische Rolle zu spielen, die ihm zukommt. Dieses neuartige Parlament wird Vollmachten erwirken können, die ihm gemäß sind.

Man hat lange über die Frage gestritten — darüber hat man geradezu einen strategischen Konflikt geführt —: Soll man erst das Parlament wählen und dann Rechte geben oder soll man erst Rechte erstreiten und dann das Parlament wählen? Wir haben immer geglaubt: beides zur gleichen Zeit. So verfahren wir.

Meine Freunde, der europäische Wurf wird nur gelingen, wenn sich die für Europa gewählten Parlamentarier auch vom Europawillen des eigenen nationalen Parlaments getragen fühlen können. Das nationale Parlament — der Deutsche Bundestag — muß aufgeschlossen sein für Europa, muß europäischen Geist praktizieren, muß auf Europa hinarbeiten, nicht dagegen. Der Deutsche Bundestag hat eine große Mitverantwortung für Europa, und in ihm wird die Fraktion der CDU/CSU wie bisher europäischer Motor bleiben.

Wenn Politiker in nationaler Verantwortung und in Europa ihre Aufgabe so sehen, wird der Leitgedanke Wirklichkeit werden können: Bürgerfreiheit ja — Bürokratismus nein!





Egon Klepsch

## Sicherheit ja — Neutralisierung nein

*Rede des Spitzenkandidaten der CDU in Rheinland-Pfalz für die Europawahl*

Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Ich will mich in meinem Vortrag darauf beschränken, zu der Vorlage im Sinne einer Einführung ergänzende und kommentierende Bemerkungen zu machen. Zuerst möchte ich darauf verweisen, daß es für das Verständnis des Problems sinnvoll erscheint, kurz auf einige historische Fakten hinzuweisen.

Als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, formulierten überall sich bildende christlich-demokratische Parteien in Europa eine Antwort auf die totalitären Systeme des Nationalsozialismus und des Marxismus-Leninismus. Diese Antwort hatte eine gemeinsame Grundposition, nämlich eine freiheitliche, demokratische und sozial gerechte Ordnung auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes, getragen vom Gedanken der Versöhnung und der Aussöhnung, zu errichten und eine dauerhafte, gesicherte Friedensordnung zu schaffen.

Soweit es Osteuropa anging, mußten diese Kräfte damals leider scheitern. Deshalb will ich ihrer in dieser Stunde besonders gedenken; denn wir sind uns klar darüber, daß wir bei all unserer Arbeit für Europa das ganze Europa sehen müssen. Die christlich-demokratischen Parteien Osteuropas scheiterten an dem entschlossenen Willen der neuen kommunistischen Weltmacht, was, auch gestützt auf die militärische Macht der Roten Armee, zu ihrer opferreichen, weitgehenden Ausschaltung führte.

Ich sage das, weil viele unserer Freunde aus nationalsozialistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern anschließend in kommunistische Gefängnisse und Konzentrationslager gerieten und weil wir das nicht vergessen wollen. Aber der Wille der Individuen, der Bürger, der Völker, Freiheit und Freiheitsrechte zu erlangen, kann — das beweisen heute die Bürgerrechtsbewegungen in Ostmitteleuropa klar — nicht ausgemerzt werden, und ihnen gehört unsere volle Solidarität.

In West- und Mitteleuropa hingegen kamen wir zu einer neuen dynamischen Konzeption, zu einer neuen Idee, wie überhaupt — das möchte ich an dieser Stelle sagen — nach dem Zweiten Weltkrieg alle neuen, vorwärtsweisenden Ideen von uns, den Christlichen Demokraten, gekommen sind: vom Prinzip der Partnerschaft bis hin zur Sozialen Marktwirtschaft, wobei wir als neue, zukunftsweisende Idee die europäische Einigung formulierten. Dabei war ganz

klar, daß es unser Ziel nicht war, eine Zollunion zu schaffen, daß es nicht nur unser Ziel war, sich um einen gemeinsamen Agrarmarkt und um wirtschaftliche Zusammenarbeit zu bemühen, sondern wir wollten — das stand von Anfang an im Zentrum unserer Anstrengungen — eine politische Schicksalsgemeinschaft der europäischen Völker begründen, die allen europäischen Völkern offensteht.

Wir wollten auch nicht irgendein Europa — auch das muß, glaube ich, gesagt werden —, sondern wir wollten eine plurale freiheitliche Ordnung, keine Herrschaft irgend eines neuen „-ismus“. Dieses Projekt hat uns natürlich sehr viel Gegnerschaft und auch sehr viele andere Konstruktionsvorschläge gebracht; denn alle Anhänger von „Ismen“, die wir erfolgreich bekämpft und überwunden haben, sind bis zum heutigen Tage noch immer nicht bereit, ein plurales freiheitliches Europa entstehen zu lassen, und üben in mannigfacher Weise Druck dagegen aus.

So wundert es uns nicht, daß wir bei der Behandlung dieser Frage vor einem großen Problem stehen. Wir haben ein Konzept — eine historisch beispielhafte Tat — vorgelegt, in dem wir zum erstenmal versuchten, eine dauerhafte Friedensordnung durch Zusammenarbeit unter voller Anwendung des Katalogs der Grund- und Menschenrechte und durch gleichberechtigte hegemoniefreie Organisation dieser Vereinigung zu schaffen. Das ist ein Unternehmen, das bei dieser Tragweite nur sehr schwer gelingen kann; aber es ist auch ein Modell, um zu beweisen, daß man durch friedliche Entwicklung zu einer freiheitlichen Grundordnung und Zusammenarbeit kommen kann. Gemeinsam mußten die schweren Aufgaben gelöst und die Zukunft für das freiheitliche Europa gewonnen werden.

Es ist unbestreitbar, daß diese Europäische Gemeinschaft eine ungeheure Attraktivität auf viele Länder der Welt ausübte und ausübt. So stand das europäische Modell Pate bei ähnlichen Überlegungen in Südamerika, und es stand auch Pate bei den Christlichen Demokraten in Afrika, die über Lösungsvorschläge nachdachten. Ein Zitat des verehrten Präsidenten der Europäischen Volkspartei, Leo Tindemans, mag dies unterstreichen. Er sagte auf dem ersten Kongreß in Brüssel: „Es sind vor allem die neuen Staaten, die auf Europa als eine Einheit schauen und die von uns bei der Verwirklichung einer neuen wirtschaftlichen Ordnung, der Verteidigung der Menschenrechte und der Lösung schwieriger Konfliktsituationen einen besonderen Beitrag erwarten.“

Wann werden die Europäer endlich begreifen, daß ihr gemeinsames Auftreten und das vereinigte Europa unentbehrliche Instrumente zur Erreichung besserer Verhältnisse in der Welt sind? Wir können eine einmalige Aufgabe erfüllen, vorausgesetzt, daß wir den Mut aufbringen, die notwendigen Schlußfolgerungen hinsichtlich des Schaffens einer politischen Autorität, der Erhaltung unserer Wirtschaftskraft und der Verantwortung für unsere eigene Sicherheit zu ziehen. Geschieht dies, so wird deutlich werden, daß die gemeinsame Ausübung eines kleinen Teils nationaler Souveränität eine neue Gemeinsamkeit schaffen und ungeahnte Aussichten in unserem Verhältnis zu den anderen uns

umgebenden Ländern, zu den Vereinigten Staaten und zu unserem Auftrag gegenüber der Dritten Welt eröffnen wird.“

Es ist unbestreitbar, daß dieses Werk nur deshalb in Angriff genommen, eingeleitet werden konnte, daß sich der europäische Aufbau nur deshalb vollziehen konnte, weil die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihren politisch-militärischen Schutz in vollem Umfang gegen alle Pressionen und Aktionen einsetzten. Die NATO ist so von Anfang an von der Geschichte der europäischen Einigung nicht zu trennen, und wir haben allen Grund, den Amerikanern für diese entscheidende und stetige Hilfe zu danken.

Diese Gemeinschaft steht allen Völkern und Staaten Europas offen, die bereit sind, die gleichen Rechte und Pflichten wie die übrigen Mitglieder zu übernehmen und sich auf der Basis einer freiheitlich-demokratischen Ordnung zur vollen Durchsetzung der Grund- und Menschenrechte zu bekennen. Die erfolgreiche Geschichte Europas nach dem Krieg ist der Beweis dafür, daß der eingeschlagene Weg gangbar ist und daß ohne gewaltsame Akte eine dauerhafte Zusammenarbeit möglich ist.

Selbstverständlich haben wir die Pflicht zu internationaler Solidarität gegenüber den Entwicklungsländern. Schon einmal, 1954, standen wir dicht vor der politischen Union, die die Europäische Gemeinschaft zur vollen Wirksamkeit und Reife gebracht hätte. Eine europäische Verfassung war vom Parlament unter dem Vorsitz des christlich-demokratischen Politikers Heinrich von Brentano ausgearbeitet worden. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sollte geschaffen werden.

Die Geschichte hat uns einen Umweg gehen lassen, den der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Integration. Der sicherheitspolitische Effekt blieb ausgeklammert. Viele hielten dies für einen Weg, der automatisch zur politischen Einigung führen werde. Heute wissen wir alle, daß dies eine irriige Auffassung war und ist. Der politische Wille, die gemeinsame Politik, kann nicht auf einige wenige ausgewählte entscheidende Fragen begrenzt werden. Unser Freund und Parteivorsitzender Leo Tindemans hat als belgischer Premierminister im Auftrag der Regierungschefs eine Bestandsaufnahme und einen Vorschlag über die nächste Phase der europäischen Einigungspolitik erarbeitet, der deutlich macht, daß dieser Bereich nicht ausgeklammert werden kann.

Leider kann die Frage der politischen Arbeit in der Sicherheitspolitik aus der Diskussion um die Wahl des ersten direkt gewählten Parlaments nicht ausgeklammert werden. Sie ist ein Beitrag von zentraler Bedeutung; denn überall im freien Europa fragt man sich, aufgeschreckt durch die sich häufenden Äußerungen verantwortlicher SPD-Politiker: Wohin führt der künftige Weg der Deutschen? Es sei nur an Wehners „Idee einer großen europäischen sozialistischen Allianz“ erinnert, an seine zwischeneuropäische „Entspannungszone“ von Skandinavien bis Sizilien, an die Ideen einer „Wirtschaftsgemeinschaft mit der DDR“. Und wem viele da nicht sein in den Schubladen ruhender, von der Partei nicht abgelehnter Deutschlandplan ein, der partiell bereits fröhliche Urständ feiert? Die Debatte im Bundestag hat die tiefe Divergenz zwischen der offi-

ziellen Linie der Regierung und den Positionen der SPD-Fraktion aufgezeigt. Bemerkenswert ist das Kneifen Helmut Schmidts vor Herbert Wehner. Wortreiche Bekundungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialisten auch in Deutschland mit dem weiterführenden Problem der europäischen Einigungspolitik, wie ihr Programm deutlich aufweist, wenig im Sinn haben.

Wir müssen die grundsätzlichen Optionen, die unser Land unter Konrad Adenauer getroffen hat: die unwiderrufliche Westeinbindung, den Eintritt in die NATO, die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, die feierliche Verpflichtung zur Einigung Europas, als Grundlage klar und eindeutig vertreten. Ich füge an dieser Stelle hinzu: Adenauer hat auch erkannt, daß die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit nur von diesen Optionen aus Chancen auf Verwirklichung hat. Ausgangspunkt dieser Optionen war der Freiheitswille. Wir sind immer dafür eingetreten, daß Freiheit vor Frieden, Freiheit auch vor deutscher Einheit gehen muß.

Die SPD hat nach den tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen der 50er Jahre diese Optionen letztlich akzeptiert und sie seit dem Godesberger Programm im Parlament auch weitgehend mit getragen. Wir hatten eine Ära des relativen Konsensus in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dieser Konsensus hat seinerzeit auch die Große Koalition möglich gemacht. Er droht heute verlorenzugehen. Der Prioritätenkatalog deutscher Außen- und Sicherheitspolitik wird von starken Kräften in der SPD heute verschoben. Regierungsmündliche Äußerungen sind noch in der Sprache der Konsensus-Ära gehalten, selbst wenn die reelle Bedrohung, der unser Land, unser Kontinent gegenübersteht, immer wieder bewußt verharmlost wird. Unter dieser Oberfläche aber sind Kräfte am Werk, die mit jedem Tage stärker werden und von denen zielstrebig die Weichen für eine ostorientierte Neutralisierungspolitik gestellt werden. Diese gibt sich dann als Friedenspolitik aus.

Unsere Beschlußvorlage verweist auf diese Gefahren, sie nennt sie beim Namen: klassenkämpferisches Streben und Infragestellung der Sozialen Marktwirtschaft nach innen, geistige Loslösung von unseren westlichen Allianzpartnern und Suche nach einer neutralistischen Mittelposition Europas zwischen Ost und West nach außen. Wir warnen vor einer Politik der Anpassung, die den Freiheitswillen hintansetzt. Preisgabe der Freiheit macht auch den Frieden inhaltsleer, entkleidet ihn seines sittlichen Wertes.

Es ist nicht genug, daß wir die Gefahren neutralistischer Politik aufzeigen und vor ihnen warnen. Uns muß es ebenso darum gehen, durch gestaltendes Handeln diesen Risiken entgegenzuwirken. Gemeinsam mit unseren christlich demokratischen Partnerparteien müssen wir deshalb für eine konsequente Fortsetzung des europäischen Einigungswerks eintreten. Sicherheitspolitik bedeutet in Europa heute auch, die Gemeinschaft und ihre Institutionen zu stärken. So ist es klar, daß die Mißverständnisse und Schwierigkeiten, die auf dem Weg zur europäischen Einigung aufgetürmt sind, von uns mit aller Kraft aus dem Wege geräumt werden müssen. Ich will nur einige nennen, von denen ich glaube, daß wir sie bewältigen müssen:

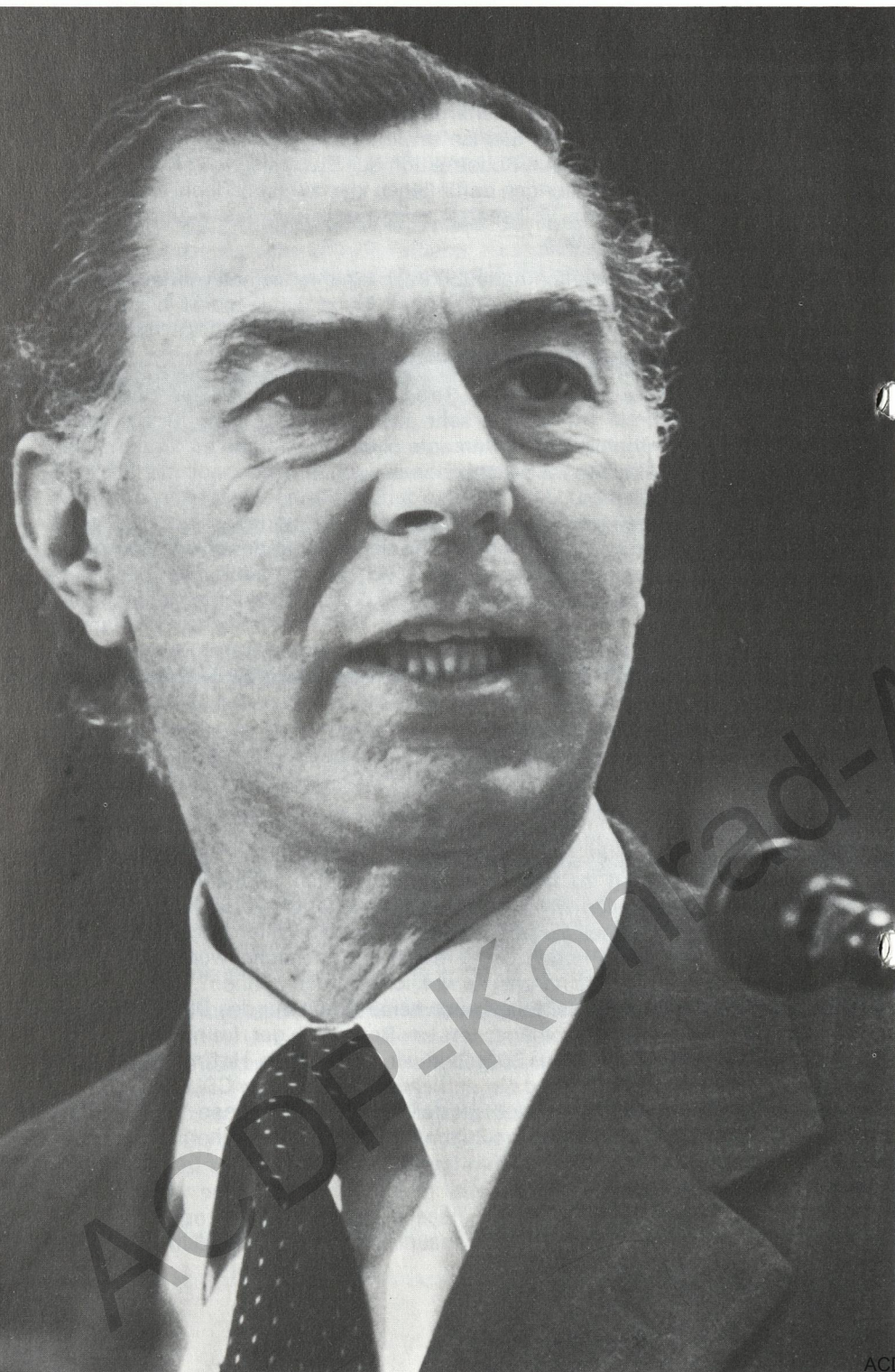
Ich glaube, daß der Streit zwischen den Anhängern einer föderalen Lösung einerseits und einer konföderalen Lösung andererseits eine Auseinandersetzung gewesen ist, die uns nicht weitergebracht hat. Wir wissen, daß wir beides, nämlich bundesstaatliche Elemente wie andere Rechtselemente, benötigen werden, um die völlig neue Konstruktion der Europäischen Gemeinschaft zu schaffen. Unsere Vorstellungen dafür liegen klar auf dem Tisch. Das hat der Kongreß der Europäischen Volkspartei ausgesagt, und das ergibt sich aus unserer eigenen Entscheidung.

Für unfruchtbar und hinderlich halte ich auch einen etwa neu aufflammenden Streit zwischen Atlantikern und Europäern. Denn unverändert besteht die Situation, daß wir ohne die Allianz mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht imstande sind, unsere Freiheit dauerhaft zu sichern.

Für unfruchtbar halte ich auch den Streit um die Kompetenzen des Parlaments. Emilio Colombo hat eben in sehr überzeugender Weise für die Arbeit dieses künftigen Europäischen Parlaments plädiert. Ich halte es für ganz klar, daß wir von den zahlreichen Möglichkeiten ausgehen werden, die die Verträge bieten, um dem Parlament die Rolle zu geben, die es zu spielen hat. Aber natürlich müssen bei weiteren Souveränitätsübertragungen auf die europäische Ebene auch dem Parlament solche Bereiche, in denen auf Souveränität verzichtet wird, mitgegeben werden, und selbstverständlich bedarf es einiger Ergänzungen. Aber ich glaube, daß es unfruchtbar ist, zu meinen, daß ein Streit zwischen nationalen Parlamenten und Europäischem Parlament dafür die Voraussetzung wäre. Für die nächste Etappe unserer Politik werden beide parlamentarischen Ebenen miteinander zusammenarbeiten müssen, um die auf der europäischen Ebene vorhandene Macht unter demokratischer und parlamentarischer Kontrolle zu halten.

Es ist klar, daß sich nur ein Europa, das sich in der Geborgenheit der Sicherheit befindet und sich kontinuierlich weiterentwickelt, auch der Aufgabe stellen kann, die Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden.

Die zentrale Frage lautet einfach: Wollen wir Europäer in dieser Welt einen eigenständigen Beitrag zu ihrer Entwicklung leisten und eine konstruktive Rolle spielen, oder wollen wir, einzeln oder in Gruppen, zu manipulierten Objekten werden? Hat dieses Europa die Fähigkeit, den Willen und die Kraft, der Welt zu beweisen, daß Frieden und Freiheit und menschenwürdige Ordnung dauerhaft gemeinsam miteinander verwirklicht werden können? Heute ist dies keine Frage des Neubeginns. Es ist auch keine Frage nur des Überlebens. Wir haben unsere Lösungsvorschläge, unsere Botschaft der freiheitlichen Friedensordnung allen vorzuleben. So geben wir auch denen Hoffnung, die noch um diese Freiheit kämpfen und sie entbehren müssen. Die CDU und alle ihre Partner in der Europäischen Volkspartei ringen geschlossen für die Europäische Union. Sie kämpfen für ihre Zukunft in gesicherter Freiheit.



Leo Tindemans

## Diese Wahlen müssen unser gemeinsamer Erfolg für Europa werden

*Rede des Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei*

Herr Vorsitzender! Lieber Freund Helmut! Meine Damen und Herren! Ich schätze mich glücklich, heute auf Ihrem Parteitag als Gast weilen und zu Ihnen sprechen zu können. Angesichts der Schwierigkeiten, mit denen Europa zu kämpfen hat, ist es zumindest eine erfreuliche Erscheinung, daß wir uns einander besser kennen- und schätzengelernet haben.

Nun können wir in einem Geist zusammenarbeiten, der aus der Erkenntnis der gemeinschaftlichen Prinzipien und des gemeinsamen europäischen Programms hervorgeht. Als Präsident der Europäischen Volkspartei bringe ich meine Freude darüber zum Ausdruck, daß wir auf unserem Kongreß im vergangenen Monat Februar die Leitlinien für ein gemeinsames Wahlprogramm einstimmig verabschieden konnten.

Bei dieser Gelegenheit habe ich ebenfalls mit Nachdruck die Bedeutung der Bildung von Parteien auf europäischer Ebene hervorgehoben. Wir haben alle eine eigene politische Geschichte und einen eigenen Rahmen, in dem sich unser politisches Leben abspielt, der nicht mit den Gegebenheiten in anderen Ländern vergleichbar ist, mit dem, was dort geschieht oder besteht. Dies wollte ich auf unserem Brüsseler Kongreß ganz besonders unterstreichen, weil es so wichtig ist, und zwar auch für die europäische Leistung. Ich möchte hier behaupten, daß die Gründung einer europäischen Partei wie der EVP für sich allein genommen schon ein Stück europäische Einigung bedeutet — und nicht das einfachste.

Wir mußten ja von unserer eigenen Vergangenheit ausgehen. Jede Partei — das wissen Sie — hat ihre eigene Geschichte und bedeutet ein Stück nationaler Psychologie, die von den anderen nicht immer sofort verstanden wurde. Wir hatten unsere Traditionen, unsere Gewohnheiten, unsere Sprache, manchmal aber auch unseren politischen Jargon. Viele Hindernisse mußten überwunden werden, aber wir schafften es. Wie sollte es denn auch möglich sein, über europäische Einigung zu reden, wenn es uns nicht einmal gelänge, eine politische Organisation zu bilden, die über die Grenzen hinweg für dieselben Grundsätze und dasselbe Programm kämpfen kann?

Wir schafften es, und wir wollen Europa heute und morgen zeigen, wie wir vereint marschieren und vereint schlagen.

Meine Freunde, über die Grundsätze sind wir uns einig. Im Mittelpunkt stehen der Mensch, die Gemeinschaft, Solidarität und Freiheit. Unser Programm — ich wage es zu sagen — ist hervorragend. Nun müssen wir der Welt zeigen, wie ernst es uns mit seiner Ausführung ist. Wir müssen beweisen, daß wir den unterschiedenen Willen haben, den Kampf gegen die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit, den Kampf um eine gerechtere Welt zu einem guten Ende zu führen.

Die Welt von heute bietet kein sehr ermutigendes Bild. Die Krise dauert an. Das Währungschaos ist noch nicht beseitigt. Es ist nach wie vor äußerst schwierig, Einigung zwischen den Sozialpartnern darüber zu erreichen, wie die Krise am besten bekämpft werden kann und wie die Zukunft vorbereitet werden muß. Wenn Präsident Giscard d'Estaing von der Obsession der Zukunft spricht, so kann ich ihn sehr gut verstehen. Es ist in der Tat die große Frage, wie wir unseren Kindern eine Zukunft gestalten und gleichzeitig mit dazu beitragen können, daß andere Völker auf der Welt die größtmöglichen Entwicklungschancen erhalten. Aus Idealismus und Realismus werden wir der Dritten und Vierten Welt helfen, während wir auch für uns selbst die Frage stellen: Was müssen wir tun, damit wir nicht zu zweit- oder drittrangigen Mächten absinken?

Ich möchte hier auch folgende Frage stellen: Welches demokratische Modell wollen wir verwirklichen? Mit anderen Worten: Wie retten wir die politische Demokratie, an der uns so viel liegt — und dies in einer Zeit, die uns immer mehr zum Nachdenken über die Entscheidungsprozesse in unseren Ländern zwingt?

Wir stehen jetzt vor den europäischen Wahlen, die im Lichte der Geschichte von äußerst großer Wichtigkeit sind, denn nach Hunderten von Jahren innerer Zerstückelung, nach jahrzehntelangen Gegensätzen und kriegerischen Auseinandersetzungen, nach wirtschaftlichen und militärischen Konfrontationen werden wir nun ein Parlament für die neun Länder und für 260 Millionen Europäer wählen. Obwohl man gewisse Aspekte dieser Europawahlen kritisieren kann — sie bleiben dennoch eine große historische Tat. Wir in der Europäischen Volkspartei müssen dann auch stärker unsere Auffassungen vertreten und nach draußen tragen. Niemand hat besondere Achtung vor einem Politiker, der es nicht wagt, Farbe zu bekennen, oder der behauptet, er setze sich für etwas ein, jedoch seine Couleure weitgehend verborgen hält.

Die europäischen Wahlen sind eine einzigartige Gelegenheit, um klar und deutlich zu sagen, wie wir die Zukunft von Europa in bezug auf die Strukturen, die Politik, die Einrichtungen, aber auch das Europa des alltäglichen Lebens sehen. Das Europa des gewöhnlichen Bürgers ist äußerst wichtig.

Ich habe es bereits gesagt: Wir wollen gemeinsam gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen und eine bestimmte Gesellschaftsauffassung vertreten. Es geht aber auch um das Europa der Pässe, der Höchstgeschwindigkeiten, der Sommerzeit, der Krankenversicherung, des Unterrichtswesens sowie der Prüfungszeugnisse einschließlich allem, was im gewöhnlichen Leben von Bedeutung

ist. Wir werden für ein Europäisches Parlament zur Wahl gehen, wodurch der europäische Bürger mobilisiert wird. Wir müssen ihm deutlich machen, worum es geht. Unsere Beschlüsse bekommen künftig eine echte Legitimität, weil sie von den Vertretern des europäischen Volkes angenommen werden. Dieses Europäische Parlament wird sich durch das Niveau und die Bedeutung seiner Aussprachen verwirklichen müssen. Ich freue mich darüber, daß bekannte Gegner der europäischen Integration bei den Wahlen ebenfalls kandidieren werden. Ich hoffe, daß die Vorkämpfer für Europa, diejenigen, die im Sinne von Robert Schuman, de Gasperi und Adenauer denken — ich nenne in diesem Zusammenhang aber auch Bech, Monnet, Spaak und Beyen —, nicht zögern werden, sich an dieser Debatte zu beteiligen, um ihre Auffassungen mit Nachdruck zu vertreten.

Durch solche Konfrontationen wird das Europäische Parlament Ansehen erwerben. Kein nationales Parlament wird dann achtlos seine Entschließungen übergehen können.

Auf viele Fragen muß eine Antwort gefunden werden. Wir von der EVP haben in aller Deutlichkeit gesagt, wie wir uns die künftige Wirtschaftspolitik vorstellen, wie wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit neuem Dynamismus aufnehmen, wie wir die künftige Konstruktion Europas sehen.

Bei diesem Sachverhalt bedaure ich — ich wage es zu sagen —, daß da, wo die Idee der europäischen Direktwahlen durch Staatspräsident Giscard d'Estaing auf der Pariser Gipfelkonferenz im Dezember 1974 vorgetragen wurde, nunmehr oft eine Sprache gesprochen wird, die die Bedeutung der Wahlen schmälert und verringert. Wenn man etwas von Innenpolitik versteht, kann man vieles verstehen. Aber wir sind davon überzeugt, daß die Mobilisierung der Wählerschaft in den neun EG-Ländern kein nutzloses und unbedeutendes Unternehmen sein darf und sein kann.

Wir wollen den europäischen Beschlüssen eine Legitimation verleihen. Wir wollen die europäische Beschlußfassung demokratisieren. Wir wollen den europäischen Bürger in den Entscheidungsprozeß und in den europäischen Einigungsprozeß einbeziehen, der nicht das Privileg einer Handvoll Eurokraten bleiben darf.

Folglich muß das Europäische Parlament auch Befugnisse erhalten, die eine solche Entwicklung ermöglichen und legitimieren.

Dieser Standpunkt, den die EVP verteidigt, muß noch weiter bekanntgemacht werden. Mit Mehrheitsbeschlüssen müssen wir im Europäischen Parlament die Zweideutigkeiten aus der Welt schaffen, die hinsichtlich der Zielsetzung der europäischen Integration und der Instrumente, die für ihre Verwirklichung erforderlich sind, noch bestehen können.

Dies geschieht aus der Erfahrung, aus der Jean Monnet, Robert Schuman, de Gasperi und Konrad Adenauer ihre politische Philosophie schöpften.

Wenn wir unserer Generation und unseren Kindern eine Zukunft vorbereiten wollen, dann müssen wir handeln können, dann müssen wir imstande sein zu

beschließen, damit wir eine gemeinsame Energiepolitik, eine neue, auf die Zukunft orientierte Industriepolitik, ein europäisches Währungssystem, eine europäische Politik des Umweltschutzes usw. ausarbeiten und verwirklichen können.

Auch dürfen wir nicht vor einer gemeinsamen Haltung in unseren wichtigsten auswärtigen Beziehungen zurückschrecken. Ein Blick in die Weltpolitik genügt, um deutlich zu sehen, wie explosiv die Situation in verschiedenen Teilen der Erde sein kann. Zu leicht bleibt Europa in der Weltpolitik ein politischer Zwerg. Auch das muß wiederholt betont werden, damit die europäischen Völker unser Streben nach Einigung noch besser verstehen können.

Ganz gewiß kann die EVP in der Frage des Grundsätzlichen und des Programmatischen eine bemerkenswerte Einheit vorweisen. Aber nun müssen wir mit diesen Europawahlen beweisen, daß wir die solideste politische Formation sind, die sich der europäischen Wählerschaft stellt.

Viele Hoffnungen und Erwartungen setze ich in die CDU. In besonders schwierigen Zeiten hat Ihre Partei große Regierungsverantwortung getragen. In der Opposition haben Sie sich gestählt. Mit Ihnen als stärkster Kraft gehen jetzt die Christdemokraten Europas in diesen Kampf, damit das direkt gewählte Europäische Parlament morgen der Anfang eines neuen Kapitels in der Geschichte unserer Völker sein wird.

Ich wiederhole auch hier, was ich stets gesagt habe, damit es kein Mißverständnis gibt. Es gibt für uns drei Formen der Treue: die Treue zur Region, die Treue zum Vaterland — Walter Hallstein sagte schon damals: wir Europäer sind keine vaterlandslosen Gesellen — und die Treue zu Europa, dem zweiten Vaterland —, die einzige Möglichkeit, um unseren Kindern Hoffnung und Zukunft, mit anderen Worten: ein großes politisches Ideal zu geben.

Diese Hauptaufgabe ist jetzt die europäische Einigung. Das heißt heute: Diese Europawahlen müssen ein Erfolg werden. Dazu müssen wir beitragen. Dafür müssen wir siegen. Und dafür rechne ich auf Sie.

## Beschlüsse zur Europawahl

### Wahlaufruf

Wir Christlichen Demokraten waren und sind die Hauptträger der Einigung Europas. Staatsmänner wie Konrad Adenauer, Robert Schuman, Alcide de Gasperi haben gegen den erbitterten Widerstand von Kommunisten und Nationalisten, teilweise auch der Sozialisten, die Europäische Gemeinschaft aufgebaut. Die SPD hat die Gründung der Europäischen Gemeinschaft abgelehnt. Von ihr ist allzu oft Widerstand gegen die Stärkung der Europäischen Gemeinschaft ausgegangen.

Wir wollen für das Ziel arbeiten, daß das Europäische Parlament alle parlamentarischen Rechte erhält, d. h. insbesondere das volle Haushaltsrecht, eigene Kontroll- und Gesetzgebungsbefugnisse, das Zustimmungrecht zu völkerrechtlichen Verträgen der Gemeinschaft und zu Aufnahmen neuer Mitglieder sowie zur Einsetzung der Kommission. Das Europäische Parlament soll den Entwurf einer europäischen Verfassung erarbeiten, deren Grundlage die Menschenrechte sind und die insbesondere die Kompetenzen der Organe der Europäischen Gemeinschaft regelt.

Wenn die Bürger der Europäischen Gemeinschaft vom 7. bis 10. Juni zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein gemeinsames Parlament wählen, entscheiden sie über die grundsätzliche Ausrichtung europäischer Politik. Jede Stimme für eine Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale — in der Bundesrepublik Deutschland für die SPD — erhöht die Gefahr, daß das Europäische Parlament von einer Volksfront aus Sozialisten und Kommunisten beherrscht wird.

Christliche Demokraten wollen für Europa mehr Sicherheit und nicht Neutralisierung. Das Atlantische Bündnis und die Partnerschaft mit den USA haben 30 Jahre lang in Europa Frieden und Westeuropa die Freiheit gesichert. Neutralisierung verstärkt die Gefahr sowjetischen Einflusses für das freie Europa. Gegenseitiger, ausgewogener, kontrollierter Truppen- und Rüstungsabbau in Ost und West sichert den Frieden in Freiheit. Wir wollen die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes in Frieden überwinden. Das freie Europa ist die Hoffnung für ganz Europa.

Wir wollen mehr Bürgerfreiheit und weniger Bürokratie. Die europäische Kultur in ihrer nationalen Vielfalt gibt die Chance, der gesellschaftlichen Uniformität, dem wachsenden Materialismus entgegenzuwirken. Das Recht der Menschen

auf Selbstbestimmung — auf persönliches Lebensglück — droht von der Bürokratisierungswut der Sozialisten erstickt zu werden.

Wir wollen mehr Partnerschaft in Europa und keinen Klassenkampf. Der demokratische Verfassungsstaat und die Soziale Marktwirtschaft haben Europa aus den Trümmern des Krieges gerettet und den Menschen persönliche Freiheit, soziale Sicherheit und Wohlstand gegeben. Das war nur durch Partnerschaft und Solidarität möglich. Die Kommunisten predigen Klassenkampf und die Sozialisten sind auf dem Weg dorthin zurück.

**Deutsche, wählt das freie und soziale Europa —  
gegen ein sozialistisches Europa!**

## Partnerschaft ja — Klassenkampf nein

### I. Partnerschaft baut auf — Klassenkampf ist Rückschritt

Partnerschaft und Solidarität sollen Gerechtigkeit für alle, gleichzeitig größere Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems gewährleisten. Unsere Alternative gründet sich auf Freiheit und Gerechtigkeit. Sie überwindet unsoziale kapitalistische oder kollektivistische Gesellschaftssysteme. (EVP-Programm)

Die Christlichen Demokraten Europas haben sich im EVP-Programm eindeutig für die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für Europa entschieden. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit mit Selbständigkeit, Freiheit und Verantwortung. Das allein ermöglicht, die nationale Vielfalt in Europa angemessen zur Geltung zu bringen und gleichzeitig das notwendige Maß an marktwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Koordination sicherzustellen.

Die Idee des Klassenkampfes zwingt die SPD, in ihrem Europawahlprogramm die freie unternehmerische Entscheidung anzugreifen und die Investitionslenkung zu fordern:

„Die investierenden Unternehmen haben bei der EG-Kommission Investitionen anzumelden. An der Investitionsplanung auf EG-Ebene sind die Gewerkschaften im besonderen Maße zu beteiligen. Dabei sollen auch grenzüberschreitende Entwicklungspläne erstellt werden.“

Damit will die SPD ein Europa, das gekennzeichnet ist durch:

- einschneidende Eingriffe des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft,
- Wirtschaftsplanung und Strukturräte zur bürokratischen Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft,
- Investitionsmeldestellen und öffentliche Investitionslenkung privatwirtschaftlicher Investitionen.

Am 10. Juni 1979 wird es um eine fundamentale Weichenstellung für Europa gehen. Wir wollen kein Europa des Klassenkampfes — wir wollen ein Europa der Partnerschaft.

## II. Partnerschaft — Hoffnung für die Menschen

„Unsere Sozial- und Gesellschaftspolitik ist geprägt von den Grundsätzen der Solidarität und der Subsidiarität; Hilfe zur Selbsthilfe und die Pflicht zur sozialen Gerechtigkeit folgen daraus. Die Gemeinschaft hat die Aufgabe, die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen und der freien Organisationen soweit wie möglich zu fördern.“

In diesem Geiste wollen wir Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Armut bekämpfen. Die sozialen Fragen, die aus Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen, Regionen und Ländern entstehen, sind nur durch eine europäische Politik der Solidarität und einen Wandel der Strukturen lösbar.“ (EVP-Programm)

Die Gesellschafts- und Sozialpolitik steht vor großen Herausforderungen: die Nationen Europas müssen sich mit neuen sozialen Problemen und Konfliktfeldern auseinandersetzen. Das erfordert eine neue soziale Politik auch in der EG.

Das größte gesellschafts- und sozialpolitische Problem in Europa ist die Arbeitslosigkeit. In der EG sind sechs Millionen Menschen ohne Arbeit; besonders hart sind davon Frauen und Jugendliche betroffen: jeweils über 2,5 Millionen Frauen und Jugendliche unter 25 Jahren finden in unseren Ländern keine Arbeit. Wir können unsere Partnerschaft mit ihnen nur beweisen, wenn wir

- den Jugendlichen helfen, eine ausreichende und vor allem abgeschlossene Ausbildung zu erlangen und sie im Rahmen einer auf alle Lebensbereiche ausgerichteten Bildung vor Gefahren einer realitätsfernen Bildungspolitik schützen. Dies setzt voraus, daß die Lehrpläne der Abschlußstufen stärker als bisher den Eintritt in das Arbeitsleben berücksichtigen. Akademische Ausbildung darf nicht länger Vorrang vor beruflicher Ausbildung haben. Darüber hinaus sind staatliche und private Maßnahmen zu ergreifen, um angesichts der technologischen Entwicklung in einem lebenslangen Lernprozeß die Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung notfalls bis hin zur Umschulung in einen neuen Beruf zu fördern. Vor allem der EG-Sozialfonds ist für derartige Projekte zu nutzen. Aus dem Regionalfonds der EG sind verstärkt Mittel einzusetzen, in strukturschwachen Gebieten mit hoher Jugendarbeitslosigkeit Hilfen zur Ansiedlung ausbildungs- und beschäftigungsintensiver Betriebe zu gewähren.
- Maßnahmen ergreifen, mit denen Frauenarbeitslosigkeit auf Dauer wirkungsvoll abgebaut werden kann. Hierzu gehören die Überwindung der Benachteiligung von Frauen beim Zugang zum Beruf und der Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung in das Erwerbsleben nach Jahren der ausschließlichen Tätigkeit in der Familie, die Förderung von Bildungsmaßnahmen für Frauen einschließlich der Fort- und Weiterbildung, insbesondere zur Erlangung zukunftsweisender beruflicher Abschlüsse, und die verstärkte Einführung familiengerechter Arbeitszeitregelungen, insbesondere der Teilzeitarbeit. Frauen sollen frei entscheiden können, ob sie

ihre persönliche Entfaltung entweder in der Familie oder im Beruf oder in der Verbindung von Familie und Berufstätigkeit finden wollen.

- Gezielte Maßnahmen zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit bei den älteren Arbeitnehmern ergreifen.

Es bleibt unverändert Aufgabe der Tarifparteien, im Rahmen der Lohnpolitik und ihrer Mitverantwortung für wirtschaftliches Wachstum, die Abwägung zwischen der Erhöhung des Tariflohns, der Dauer der Arbeitszeit und den Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt vorzunehmen. Diese Verantwortung darf nicht abgewälzt werden.

„Die Sozialpolitik muß die Familie in ihrer Bedeutung in einer freien, demokratischen Gesellschaft entsprechend fördern und schützen. Wir wollen eine Politik, die den Zusammenhalt der Familie stärkt, die Erziehungskraft der Familie unterstützt, das Leben der Ungeborenen schützt und die personale Entwicklung der Kinder fördert. Familiengerechte Sozialpolitik muß die Voraussetzungen schaffen, daß auch den kinderreichen Familien ein ausreichendes Einkommen für die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder zur Verfügung steht.“ (EVP-Programm)

Leitbild unserer Familienpolitik ist die partnerschaftliche Familie. Ehe und Familie haben sich als die beständigsten Formen menschlichen Zusammenlebens erwiesen. Sie sind das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates. Unsere Familienpolitik geht von der Ehe als einer Gemeinschaft aus, die auf Lebenszeit und Partnerschaft angelegt ist. Partnerschaft in der Ehe bedeutet, daß Mann und Frau sich gegenseitig anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben in Familie, Beruf, Gesellschaft und Freizeit gleichberechtigt vereinbaren. Eltern tragen gemeinsam und in gleichem Maße die Verantwortung für ihre Kinder.

Die wirtschaftliche Sicherung der Familie sollte durch die Dynamisierung des Familienlastenausgleichs, die stufenweise Einführung eines Erziehungsgeldes und die Anerkennung der Familienleistungen durch eine leistungsbezogene und familiengerechte Partnerrente gewährleistet werden.

Besondere Solidarität gilt den Kindern ausländischer Arbeitnehmer. Ziel unserer Politik muß es sein, ihnen eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ohne die nationale und kulturelle Identität mit dem Heimatland der Familie zu zerstören. Die frei gewählte Entscheidung zur Rückkehr muß dem jungen Menschen offen bleiben. Maßnahmen im schulischen Bereich, z. B. Förderkurse mit speziellen Lehrbüchern und der Einsatz entsprechend ausgebildeter Lehrkräfte, sind dringend erforderlich. Außerdem muß die teils freiwillige, teils erzwungene Abkapselung ausländischer Familien und ihrer Kinder abgebaut werden.

### III. Soziale Marktwirtschaft — Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für ein Europa der Freiheit und des sozialen Fortschritts

„Das Fundament einer freiheitlichen und sozial gerechten Politik ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie gilt es funktionstüchtig zu erhalten. Sie ist die

dynamische Wirtschafts- und Sozialordnung, deren Leistungsfähigkeit auf dem Prinzip der verantworteten Freiheit, der Initiative des einzelnen, der schöpferischen Kraft aller wirtschaftlich Tätigen und dem Wettbewerb auf dem freien Markt beruht. In ihr beweist sich soziale Verantwortung durch aktive Solidarität. Sie überwindet Kapitalismus ebenso wie Kollektivismus. Sie sichert Mitbestimmung und Mitverantwortung für möglichst viele, Entfaltung der Persönlichkeit, Eigentum und Wohlstand sowie soziale Absicherung für alle. In diesem System werden die Entscheidungsgewalt ebenso wie das Eigentum angemessener verteilt. Sie zielt auf Vollbeschäftigung und ermöglicht es am besten, Wachstum mit der Erhaltung einer gesunden Umwelt und einem sparsamen Gebrauch der begrenzt zur Verfügung stehenden Rohstoffe in Einklang zu bringen.“ (EVP-Programm)

Die Überwindung der Arbeitslosigkeit, der Strukturwandel und die Aufrechterhaltung der sozialen Sicherheit können nur durch die Soziale Marktwirtschaft gewährleistet werden. Zu ihrer Erhaltung und Stärkung fordern wir deshalb:

- Beseitigung der bürokratischen Hemmnisse, die wirtschaftliches Wachstum und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen behindern. Nicht dirigistische Investitionslenkung, sondern freie Entscheidung der Unternehmen ist dafür die Voraussetzung.
- Konsequente Wettbewerbspolitik und die Anerkennung persönlicher Leistung. Ein geordneter Wettbewerb muß die Existenz einer ausreichenden Zahl von mittelständischen Unternehmen sichern. Er begünstigt die Gründung neuer Existenzen und liegt im Interesse der Verbraucher. Ein breites Angebot an Produkten und Dienstleistungen entspricht der Vielfalt menschlicher Bedürfnisse.
- Für die deutsche und europäische Landwirtschaft sind Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe unverzichtbar. Sie sichern eine breite Eigentumsstreuung, eine gesunde Entwicklung der ländlichen Räume und den Verbrauchern ein reichhaltiges Angebot hochwertiger Nahrungsmittel.
- Die Mitbestimmung und die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer sind Ausdruck christlich-sozialen Gedankenguts und eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Persönliches Eigentum gibt dem Bürger Entscheidungsmöglichkeiten und erhöht damit seine persönliche Freiheit. Privates Eigentum kann auf Dauer nur garantiert werden, wenn es breit gestreut ist. Alle Bürger sollen die Chance des Zugangs zu den verschiedenen Formen des Eigentums erhalten.
- Die CDU hat 1957 die bruttolohnbezogene dynamische Rente geschaffen, die auch international als Beispiel einer vorbildlichen Sozialpolitik gilt. Diese in der Nachkriegszeit bedeutendste Sozialreform darf nicht staatlicher Willkür anheimgestellt und ruiniert werden. Auch in Zukunft werden wir durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und durch eine leistungs- und sachgerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung die Verlässlichkeit der Grundlagen unserer Altersversorgung und die Teilhabe



der Rentner am wirtschaftlichen Fortschritt garantieren. Das entspricht unserem Verständnis der Partnerschaft zwischen den Generationen.

- Wir wollen eine Ausgestaltung und Erweiterung der flexiblen Altersgrenze, die zum Ziel hat, den Arbeitnehmern, beginnend mit dem 60. Lebensjahr, die freie Entscheidung über früheres oder späteres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu sichern.

Unsere Politik zielt auf Partnerschaft mit den künftigen Generationen durch

- Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens.
- Sicherung des zukünftigen Energie- und Rohstoffbedarfs.

Dazu bedarf es einer umfassenden Mobilisierung der geistigen Reserven. Eine breit angelegte Forschungspolitik und Freiheit für Wissenschaft und Lehre sind dafür die entscheidenden Voraussetzungen.

Die CDU bekennt sich zu dem Prinzip der Partnerschaft in der Welt. Die Aufrechterhaltung zu großer Ungleichgewichte birgt die Gefahr ständiger politischer Konflikte in der Dritten Welt. Die CDU unterstützt daher den Ausbau der Entwicklungshilfe. Die wirkungsvollste Hilfe ist eine weltweite Handelspolitik, die den jungen Völkern die Chance bietet, im Rahmen eines fairen internationalen Wettbewerbs in einer den Wohlstand fördernden Arbeitsteilung teilzunehmen.

## Bürgerfreiheit ja — Bürokratisierung nein

### I. Für ein Europa freier Bürger

Wir wollen ein Europa der Bürger und nicht der Bürokraten. Wir wollen ein starkes, handlungsfähiges Europa, das die Menschen zusammenführt, aber keinen bürokratischen Zentralismus, der Freizügigkeit und freie Initiative erstickt.

Unser Leitbild für eine humane Gesellschaftsordnung in Europa gründet auf einem von christlichen Grundwerten geprägten Verständnis vom Menschen. Seine unveräußerliche und unantastbare Würde, seine Freiheit und Verantwortlichkeit sind Maßstab unserer Politik.

Das christliche Menschenbild hat die gemeinsame Tradition abendländischer Kultur geprägt, die das geistige Fundament der Einigung Europas ist und deren Wirklichkeit im Bewußtsein und Leben der Menschen auch durch die widernatürliche politische Teilung unseres Kontinents in zwei Blöcke nicht zerstört werden kann. Von dort gewinnen wir die Maßstäbe für eine demokratische Einigung Europas, dessen politisches Handeln in Zukunft auf dem Auftrag seiner Bürger für ein direkt gewähltes, freies Parlament aufbauen muß.

Fortschritt in der politischen Einigung Europas ist nur möglich, wenn das „Europa der Regierungen“ abgelöst wird durch ein Europa der Bürger. Sie können nur in einem demokratisch gewählten Europäischen Parlament repräsentiert sein.

Dies ist der freiheitliche demokratische Weg, um die Entwicklung zu Entscheidungen fern der Wirklichkeit und zur Bürokratisierung zu überwinden, die das Einspruchsprinzip in der Willensbildung der Europäischen Gemeinschaft bisher zwangsläufig hervorgebracht hat.

Die europäische Einigung setzt eine ausgeprägte Berücksichtigung der inneren Entwicklung in den einzelnen Ländern sowie die Verständigung über gesellschaftliche Zielsetzungen zwischen den Angehörigen verschiedener Staaten und Traditionen voraus. Das Ziel der europäischen Einigung kann daher nicht in einem zentralistischen Einheitsstaat liegen. Föderalistischer Aufbau ist die Form, in der Europa seine Einheit gewinnt und seine Vielfalt bewahrt. Wir wollen ein Europa der Solidarität, in dem die einzelnen einander helfen und in dem die Staaten als die Glieder Europas füreinander eintreten. Das Europa der Gemeinschaft, das wir wollen, muß der Tatsache eingedenk sein, daß es nicht nur für die Zukunft seiner Mitglieder verantwortlich ist, sondern auch an die anderen zu denken hat, die außerhalb der Gemeinschaft ihr Zentrum im Europarat haben und wichtiger Teil Europas sind. Ihnen gehört unsere Bereitschaft zur Kooperation, auch für sie und den Europarat haben wir uns mitverantwortlich zu fühlen.

Die föderalistische Struktur eines geeinten Europas gewährleistet die Erhaltung der historisch gewachsenen gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt und trägt damit zu mehr Freiheit und zu einer bürgernahen Erfüllung öffentlicher Aufgaben bei. Ziel der CDU ist es, die demokratischen Institutionen auf der Ebene der Regionen und der Gemeinden zu stärken. Wir treten dafür ein, daß politische Macht dezentralisiert wird. Was besser durch die Gemeinden, die Regionen, die Mitgliedstaaten entschieden, ausgeführt und kontrolliert werden kann, soll diesen vorbehalten bleiben.

Freiheit und Gemeinsamkeit der Bürger in Europa dienen dem Menschen und seinem persönlichen Glück. Sie sind Grundlage einer freiheitlichen Staatsordnung und der Sozialen Marktwirtschaft als freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der Europäischen Gemeinschaft.

### II. Bürokratisierung und Zentralisierung als Sackgasse

Ein Kennzeichen sozialistischer Politik ist das Mißtrauen gegenüber der Freiheit und Eigenverantwortlichkeit der Bürger und ihren autonomen Institutionen in Wirtschaft und Gesellschaft. Sozialistische Politik, die in diesem Mißtrauen wurzelt, ist daher bestimmt von der Forderung nach einer immer umfassenderen staatlichen Regelung aller Lebensbereiche. Wo diese Forderung verwirklicht wird, sind Bürokratisierung und Zentralismus der Entscheidungen die Folge. Eine Politik, die aus dieser sozialistischen Perspektive gestaltet wird, muß auch beim Bemühen um die Einigung Europas in die Sackgasse führen.

Es fehlt ein sichtbares und entschlossenes Bemühen der SPD und der von ihr geführten Bundesregierungen, die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft so weiter zu entwickeln, daß Stillstand, technokratische Fehlentwicklungen und mangelnde Wirksamkeit überwunden werden.

Eine europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Freiheit kann nur gestaltet werden, wenn man den Zusammenhang ihrer Einzelteile nicht aus den Augen verliert. Bei Veränderungen in Einzelbereichen muß stets auch die Frage beantwortet werden, welche Auswirkungen diese Veränderungen auf andere Teile dieser freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung haben.

Gemeinsame Märkte ohne wirksame Währungsunion, wirtschaftliche Einigung ohne die notwendige Ergänzung durch eine europäische Sozialpolitik führen daher zwangsläufig zu einem ordnungspolitischen Torso, das Bürokratisierung und Dirigismus nach sich zieht. Die langjährige Verzögerung der europäischen Einigungsbemühungen unter der Regierungsverantwortung der SPD in der Bundesrepublik Deutschland ist einer der Hauptgründe für die unerträgliche Bürokratisierung der gemeinschaftlich geordneten Einrichtungen und Bereiche in Europa. Die Schuld an dieser Bürokratisierung tragen nicht die Beamten der europäischen Behörden. Sie sind abhängig von politischen Entscheidungen. Die Versäumnisse der Politiker sind es, die sie zwingen, an deren Stelle Ziele abzustecken, die Richtung anzugeben und Entscheidungen zu treffen. So wenig wir uns in Deutschland mit der zunehmenden Bürokratisierung aller Lebensbereiche abfinden — wir kämpfen deshalb für einen politischen Wandel bei der Bundestagswahl 1980 — so wenig sehnen sich die Bürger Europas nach mehr Bürokratie und Zentralismus. Sie wollen eine handlungsfähige, an den Interessen der Menschen orientierte Europäische Gemeinschaft. Soll die Idee der europäischen Einigung nicht von Verdrossenheit und Resignation verschüttet werden, muß Europa in Freiheit geeint werden.

### III. Die Einheit Europas vollenden

1. Die Direktwahl des Europäischen Parlamentes schafft die Voraussetzungen dafür, daß die politische Willensbildung in der Europäischen Gemeinschaft von einer demokratisch gewählten Vertretung der Völker Europas ausgeht. Dies ist der entscheidende Schritt zum Abbau der Bürokratisierung, die aufgrund reinen Regierungshandelns und des Fehlens einer direkt vom Bürger legitimierten parlamentarischen Kontrolle zunehmend in den Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft um sich gegriffen hat. Neun Minister setzen bisher europäisches Recht, dieselben Neun führen es durch, dieselben Neun kontrollieren sich selbst. Es bedarf daher einer Stärkung des Europäischen Parlamentes und einer Ausweitung seiner Zuständigkeiten, wie sie im Beschluß „Sicherheit ja — Neutralisierung nein“ beschrieben sind.

2. Wir treten ein für eine politische Ordnung Europas, die dem Grundsatz der Subsidiarität folgt und in der der jeweils kleineren Gemeinschaft die Aufgaben vorbehalten sind, die sie aus eigener Kraft erfüllen kann. Die Übertragung von Aufgaben auf größere Gemeinschaften bedeutet zwangsläufig einen Verlust an Bürgernähe und an Unmittelbarkeit demokratischer Legitimation. Wir halten jeden Zug in dieser Richtung für verhängnisvoll. Ein Mehr an Zentralismus ist der Wohlfahrt der Bürger nicht dienlich. Wir wollen keinen europäischen

Massenstaat für 250 Millionen Menschen, in dem die Eigenart der europäischen Völker in der Anonymität untergeht.

3. Eine europaorientierte Politik muß in den unterschiedlichen Bereichen politischer Zuständigkeit darauf angelegt sein, Bewußtsein und persönliches Erlebnis europäischer Gemeinschaft zu entwickeln und zu fördern. Die CDU tritt ein für eine Politik, die die Begegnung der Menschen in Europa erleichtert und die Freizügigkeit sichert.

Zur Verwirklichung dieses Zieles sind eine Vielzahl von Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene erforderlich:

- Die junge Generation muß die Chance erhalten, durch eigene Erfahrung und Gedankenaustausch die Freundschaft zu vertiefen, die die Länder der Europäischen Gemeinschaft miteinander verbindet. Das persönliche Kennenlernen der Nachbarländer und das Knüpfen persönlicher Beziehungen ist von weitreichender Bedeutung für das Verständnis der jungen Menschen von Europa, für ihre spätere Orientierung in Beruf und Politik. Die junge Generation Europas wird aber nur dann wirklich eine europäische Generation werden können, wenn in den Schulen die Sprachen, die Geschichte und die Idee Europas in dem Umfang vermittelt werden, der ihrer Bedeutung für die europäische Einigung zukommt. Schulbücher und Unterrichtsrichtlinien sollen innerhalb der EG für einzelne Länder unbequeme Geschichtsperioden nicht aussparen, sondern zur Überwindung nationaler Vorurteile und zur Förderung der europäischen Einigung beitragen.
- Ein entscheidender Schritt zu einem vereinigten Europa ist die Anerkennung aller Bildungs- und Berufsabschlüsse. Die EG-Kommission muß unter Beteiligung des Europäischen Parlamentes ein Gesamtkonzept erstellen, das die Gültigkeit von Abschlüssen in der gesamten EG ermöglichen soll. Die Bereitschaft der Jugendlichen aus den EG-Staaten, einen Teil ihrer Bildungszeit in einem anderen Land der EG zu verbringen, ist durch die Anerkennung von Abschlüssen und Studienzeiten, besondere Förderung und unbürokratische Zugangsmöglichkeiten zu Bildungseinrichtungen zu vergrößern.
- Der kulturelle Austausch und die Begegnung der Menschen über die Grenzen ihres Landes hinaus in ihrer Freizeit ist eine wichtige Aufgabe der Partnerschaften von Gemeinden, Vereinen und Betrieben, insbesondere aber auch der Schulen. Hier ist eine der besten Voraussetzungen dafür gegeben, daß die Begegnung der Menschen innerhalb Europas zum Bewußtsein sozialer und politischer Gemeinschaft führt.
- Nach dem Vorbild des von deutscher Seite unter der politischen Führung der CDU geschaffenen Deutsch-Französischen Jugendwerkes muß auf der Grundlage eines Jugendwerkes der EG die Begegnung zwischen den jungen Menschen aus allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft großzügig gefördert werden. Es ist Aufgabe der jeweiligen staatlichen Jugendpolitik, dafür Sorge zu tragen, daß dieses Angebot sich gleichermaßen an

Schüler wie an jugendliche Arbeitnehmer richtet und vornehmlich in freier Trägerschaft durchgeführt wird. Darüber hinaus sollte die Bundesrepublik Deutschland mit möglichst vielen Staaten bilaterale Abkommen zur Verstärkung des Jugendaustausches abschließen.

- Die Zusammenarbeit der Bürger aus den EG-Staaten mit denen aus den übrigen Ländern des Europarates ist ein gewichtiger Beitrag, eine Zweigleisigkeit der europäischen Integration zu verhindern. Deshalb drängt die CDU auf eine übergreifende Zusammenarbeit, bei der die Institutionen der Jugendarbeit in der EG und im Europarat zur Kooperation aufgefordert werden.
- Die freie Wahl des Arbeitsplatzes muß innerhalb der gesamten Europäischen Gemeinschaft rechtlich und sozial gesichert werden. Dies gilt für die Verwirklichung des Niederlassungsrechtes und des freien Dienstverkehrs, in besonderem Maße aber auch für die soziale Sicherung, die Lebensbedingungen und gesellschaftliche Eingliederung der Arbeitnehmer, die in einem anderen als in ihrem Heimatland innerhalb der Europäischen Gemeinschaft berufstätig werden, und für die Gewährleistung gerechter Bildungs- und Berufschancen für ihre Kinder. Niemand soll gezwungen sein, aus sozialer Not seine Heimat verlassen zu müssen. Deshalb ist das Arbeitsplatzangebot in strukturschwachen Gebieten vor allem durch den Ausbau des Regionalfonds zu vergrößern. Dadurch und durch angemessene Hilfen ist den „Gastarbeitern“ die Rückkehr in ihre Heimat zu erleichtern, wenn sie dies wollen.
- Die Gesundheitspolitik der Mitgliedstaaten der EG vermag einen wichtigen Beitrag zu leisten, um die Begegnung innerhalb Europas zu erleichtern: Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß Menschen beim grenzüberschreitenden Verkehr innerhalb Europas hinsichtlich der Gesundheitsvorsorge und des Schutzes gegen Krankheitsfälle auch dann keine Risiken eingehen, wenn sie keine zusätzlichen Vorkehrungen treffen.
- ein Europa der offenen Grenzen muß ein verbraucherfreundliches Europa sein: Das Recht auf Schutz der Gesundheit und der Sicherheit des Verbrauchers, auf die Gewährleistung seiner wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen sowie seine Information müssen durch Harmonisierung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften in der Gemeinschaft auf dem Niveau der wirksamsten Gesetzgebung sichergestellt werden. Die Besonderheiten regionaler Verbrauchergewohnheiten und landsmannschaftlicher Eigenarten des Waren- und Leistungsangebots dürfen dabei nicht zerstört werden.
- Grenzen sollen nicht länger Schranken zwischen den europäischen Nachbarn sein. Der Personen- und Warenverkehr zwischen den Ländern der Gemeinschaft muß von Formalismus und Bürokratisierung befreit werden. Die Einführung eines „Europapasses“ für die Bürger der Europäischen Gemeinschaft ist ein erster wichtiger Schritt zu einem Europa ohne Schlagbäume.

## Sicherheit ja — Neutralisierung nein

I. Die europäische Einigung ist Friedenspolitik und Strategie der Freiheit. Zur Bewahrung und Erhaltung ihrer Freiheit haben die Staaten des freien Europas nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen, sich zusammenzuschließen. Christlich-demokratische Staatsmänner haben vor allen anderen dafür gewirkt, bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Völkern durch die Einigung Europas in einer dauerhaften, freiheitlich strukturierten Ordnung für immer unmöglich zu machen. Von diesen Staatsmännern geprägt, ist die Europäische Gemeinschaft heute zum Motor des europäischen Einigungswerks geworden. Ihre Idee von einem kraftvollen einigen Europa, eingebettet in das Atlantische Bündnis, hat entscheidend dazu beigetragen, daß der freie Teil unseres Kontinents trotz aller Bedrohung eine dreißigjährige Epoche von Frieden und Wohlstand erlebt hat.

Europa befindet sich in einer höchst gefährvollen politischen Situation. Sie hat sich in der Ära der Entspannung nicht gebessert. Die militärische und politische Bedrohung aus dem Osten nimmt in dem Maße zu, wie die Sowjetunion — weit über jedes vernünftige Verteidigungsbedürfnis hinaus — ihr Rüstungspotential unablässig vervielfacht. Die Aufbruchsbewegung in der Dritten Welt schafft zusätzliche Risiken, aber wegen der Übereinstimmung mit dem Schicksal Europas auch neue, gewaltige Aufgaben. In dieser Lage muß sich die Idee der europäischen Einigung mehr denn je bewähren, muß die Europäische Gemeinschaft mit allen Kräften gefestigt werden.

Ebenso hängt die Sicherung von Frieden und Freiheit in Europa aber vom Zusammenhalt des westlichen Bündnisses und von engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ab, mit denen das freie Europa durch langfristige Übereinstimmung der außenpolitischen Interessen, durch gemeinsames Verständnis von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit und durch ein gemeinsames Eintreten für die Menschenrechte in der Welt verbunden ist. Diese gemeinsamen Überzeugungen heben unsere Allianz mit den Vereinigten Staaten und den anderen westlichen Bündnispartnern weit über den Rang eines Zweckbündnisses hinaus.

Das freiheitliche Erbe ist allen europäischen Ländern, auch denen Osteuropas zu eigen. „Wir tragen moralische und menschliche Verantwortung für die Länder Osteuropas, die uns aus gemeinsamer Geschichte verbunden sind. Wir wollen die Spaltung Europas in Frieden überwinden. Das Recht auf Selbstbestimmung aller europäischen Völker, einschließlich des deutschen Volkes, bleibt für uns ein Grundsatz europäischer Politik“ (EVP-Programm).

II. Angesichts der Größe der Herausforderung und der unabwendbaren Notwendigkeit, Frieden und Freiheit durch eine verstärkte Einigungspolitik zu sichern, erfüllen uns die politischen Zielsetzungen der europäischen Sozialisten mit tiefer Sorge.

- Ohne sich auf ein einheitliches Europawahlprogramm einigen zu können, haben die europäischen Sozialisten gemeinsame Auffassungen nur mit der

Rückkehr zu Positionen eines rigorosen Sozialismus finden können. Sie bekennen sich zum sozialistischen Europa und setzen Demokratie und Sozialismus gleich. Ihr klassenkämpferisches Streben nach der Wiederherstellung der sogenannten Einheit der Arbeiterklasse bestätigt unsere Befürchtungen, daß der Sozialismus nicht in der Lage ist, sich von totalitären Ideologien abzugrenzen. Die Re-Ideologisierung der europäischen Sozialisten birgt die Gefahr, daß Europa zum ideologischen Kampfplatz gegen die Kräfte der demokratischen Mitte gemacht wird. Die europäischen Sozialisten stehen der Europäischen Gemeinschaft mit großen Vorbehalten gegenüber. Sie geben der Verwirklichung sozialistischer Grundsätze im eigenen Land den Vorrang vor einer Stärkung der Gemeinschaft. Sozialistische Parteien wie die britischen Sozialisten ziehen sogar den totalen Integrationsverzicht vor.

- Die europäischen Sozialisten spielen bei der Formulierung ihrer Friedenspolitik und der Suche nach Entspannung die militärische Bedrohung aus dem Osten und die spannungsfördernden Unternehmungen der Sowjetunion in der Dritten Welt ebenso herunter wie die bleibende Gefährlichkeit des Kommunismus in Westeuropa, und erliegen immer wieder Tendenzen zur Verharmlosung beider Gefahren. Starke Kräfte im sozialistischen Lager unterstellen dem internationalen Kommunismus ein westliches Entspannungs- und Friedensverständnis und stehen immer wieder in der Versuchung, einseitige Vorleistungen im Abrüstungsbereich sowie bei der Einführung neuer Verteidigungswaffen anzubieten. Sie laufen die Gefahr einer inneren Lösung von unseren westlichen Allianzpartnern und der Suche nach einer neutralistischen Mittelposition Europas zwischen Ost und West. Entsprechend wird die Atlantische Allianz von ihnen als ein bloßes Zweckbündnis auf Zeit verstanden, dessen späterer Wegfall im Zeichen der „Auflösung der Militärböcke“ unter Verkennung jeder machtpolitischen Gegebenheit vorprogrammiert ist.
- Mit diesen Vorstellungen geraten die europäischen Sozialisten in den Sog einer „Politik der Anpassung“ an den Willen der übermächtigen östlichen Militärmacht. Diese Politik kommt im Ergebnis den Vorstellungen der westeuropäischen Kommunisten nahe. Dem entspricht, daß Osteuropa aus der aktiven Menschenrechtspolitik der europäischen Sozialisten ausgeklammert wird; Anprangerung der Unfreiheit im sowjetischen Machtbereich gilt als entspannungsfeindlich. Dem entspricht auch, daß die Wiedervereinigung nur als Frucht einer Politik gegenüber dem Osten erwartet wird, für die noch immer der Wehnersche Deutschlandplan Modell steht.

III. Die äußeren Bedrohungen, denen das freie Europa ausgesetzt ist und die unkalkulierbaren Risiken für unsere Freiheit und Sicherheit, mit denen der Weg zu einem sozialistischen Europa gepflastert ist, machen es notwendiger denn je, daß wir gemeinsam mit unseren christlich-demokratischen Partnerparteien für die konsequente Fortsetzung des europäischen Einigungswerks und eine Stärkung der Europäischen Gemeinschaft eintreten. Wir müssen Europa so ausstatten, daß es diese Herausforderung besteht.

- Eine der wichtigsten Strategien, um Europa zu stärken, ist der institutionelle Ausbau der Europäischen Gemeinschaft. Deshalb sind die Direktwahl zum Europäischen Parlament und dessen Aufwertung von so entscheidender Bedeutung. Die Europawahl wird eine neue Phase des europäischen Einigungsprozesses einleiten. Das Europäische Parlament muß schon in seiner ersten Legislaturperiode zu einer treibenden Kraft der europäischen Einigung und zu einem Brennpunkt der geistigen Auseinandersetzung über Charakter, Gestalt und Farbe Europas werden. Dazu müssen die Römischen Verträge voll angewendet und ihre Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Das erfordert auch die weitestgehende Nutzung des jüngst in Kraft getretenen förmlichen Konzertierungsverfahrens zwischen Parlament und Rat. Wir setzen uns daneben für eine Interpretation des Art. 235 EWGV ein, nach der auch die Befugnisse des Parlaments durch Ratsbeschluß an die Ziele des Vertrags angepaßt werden können. Darüber hinaus treten wir, wie es im EVP-Programm verankert ist, für eine Erweiterung der Parlamentsbefugnisse durch Vertragsänderung ein. Beim Werben für diese institutionellen Fortschritte respektieren wir die Auffassungen derjenigen, die einer Kompetenzänderung noch zurückhaltend gegenüberstehen. Jedes Mitgliedsland der Gemeinschaft muß nach seiner Verfassung frei über solche Vertragsänderungen befinden können. Für einen Dogmenstreit über die Parlamentsbefugnisse ist daher kein Raum. Wir vertrauen jedoch darauf, daß die demokratische Legitimität des neuen Parlaments, die Sachzwänge der Gemeinschaftsentwicklung und der wachsende Einigungswille der europäischen Bürger zu einer einvernehmlichen Ausweitung der Parlamentsbefugnisse führen.

Bei der Stärkung der Institutionen ist unser Ziel die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft — über die Europäische Union, wie sie im Tindemans-Bericht beschrieben wurde — zu einem Europäischen Bundesstaat eigener Art. Wir können es nicht künftigen Generationen überlassen, diese Aufgaben in Angriff zu nehmen. Bei ihrer institutionellen Verwirklichung müssen Rechtsformen sowohl des staatenbündlichen wie des bundesstaatlichen Bereichs Verwendung finden. Die Geschichte hält für neue Anforderungen auch neue Formen bereit, die sich nicht mehr mit den Begriffen des 19. Jahrhunderts erfassen lassen. Jenseits des unfruchtbaren Theoriestreits zwischen föderaler und konföderaler Lösung, der die Europäer allzulange beschäftigt hat, setzen wir uns für die pragmatische, aber zügige rechtliche Verfestigung von sich herausbildender Gemeinschaftspraxis ein, wo immer die Übereinstimmung der Mitgliedsregierungen und der Bürger dies zuläßt. Das gilt besonders für den Ausbau der europäischen politischen Zusammenarbeit und für das gemeinsame Auftreten der Gemeinschaftsländer in internationalen Zusammenhängen; wobei der Zuwachs an gemeinschaftlichen Kompetenzen und gemeinsamen Aktivitäten immer mit einer Stärkung der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament einhergehen muß.

- Ein starkes und sicheres Europa erfordert enge Parallelität zwischen der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und der des Atlantischen

Bündnisses. Beide dürfen nicht auseinanderdriften. Die europäische Einigung in Freiheit kann sich nur vor dem Hintergrund einer funktionsfähigen Allianz vollziehen. Das werdende Europa darf sich nicht im Gegensatz zu unseren nordamerikanischen Allianzpartnern definieren und damit letzten Endes seine Zugehörigkeit zur Schicksalsgemeinschaft des Westens in Frage stellen. Die Amerikaner müssen das europäische Einigungswerk, die Europäer das amerikanische Engagement in der Allianz als sich gegenseitig ergänzende Beiträge zu Sicherheit und Freiheit unseres Kontinents und gelebtes Bekenntnis zu den freiheitlichen Grundwerten begreifen. Nur in der Geborgenheit einer starken Allianz kann sich die Europäische Gemeinschaft auch als Friedensfaktor für Europa und die Welt entwickeln, freundschaftliche und wirtschaftlich fruchtbare Beziehungen zu den Völkern Mittel- und Osteuropas knüpfen und ihren verantwortlichen Beitrag zum weltwirtschaftlichen Ausgleich mit den Entwicklungsländern leisten. Für beide, die Allianz und die Europäische Gemeinschaft gilt: Friedenspolitik, die eine dynamische Entspannungs- und Abrüstungspolitik einschließt, und eigene Stärke sind kein Gegensatz, sondern bedingen einander.

In diesem Sinne soll die Gemeinschaft auch stärker in den sicherheitspolitischen Bereich ausgreifen, beginnend mit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit für unsere Verteidigung und fortschreitend mit den entsprechenden Vorschlägen des Tindemans-Berichts.

Ihre außenwirtschaftlichen Kompetenzen soll die Gemeinschaft so wahrnehmen, daß sie dem Druck der östlichen Staatshandelsländer auf Gewährung nicht ausgewogener Wirtschaftsvorteile widersteht.

Mit den Entwicklungsländern und deren sich herausbildenden Gruppierungen müssen jedoch, in Weiterentwicklung des Lomé-Modells, neue großzügige Formen der Zusammenarbeit gefunden werden.

- Nur eine starke Europäische Gemeinschaft ist für die Aufgabe gerüstet, die Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden. Die Römischen Verträge sind für alle europäischen Staaten offen, die ihre Freiheit erlangt und ein demokratisches Staatswesen geschaffen haben, und bieten für die Einbeziehung ganz Deutschlands Raum. Europäische Integration und Treue zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes können deshalb nicht im Widerspruch zueinander stehen, weil wir uns die Zukunft eines freien wiedervereinigten Deutschlands nur in einem größeren europäischen Ganzen vorstellen können und die Neutralisierung und Herauslösung unseres Landes aus dem westlichen Staatenverband ablehnen.

Konrad-Adenauer-9